

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Reinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pfortteile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Unstandsdame „Fachzeitung“.

Unter der lieblichen Stichmarke: „Die Streiks vom Zaune gebrochen werden. Ein Beispiel für die Vertragstreue des Holzarbeiterverbandes“ widmet die „Fachzeitung“ in Nummer 29 meiner bescheidenen Person eine längere Abhandlung, die in dem Maße ausklingt: Sind diese geradezu skandalösen Vorgänge in Erfurt dem Vorstand bekannt, und was gedenkt man dagegen zu tun?!!! Der Vorstand wird also aufgerufen, den Gauvorsitzer zur Raison zu bringen.

An sich will es ja nun nichts befagen, das Mißfallen der „Fachzeitung“ und des Herrn Rahardt, der den Artikel zeichnet, erregt zu haben. Ich fürchte, das wird vielen meiner Kollegen so gehen und sich in Zukunft auch noch wiederholen. Der Artikel bedarf aber in mehrfacher Beziehung der Richtigstellung und der Zurückweisung. Er geht aus von der vorjährigen Lohnbewegung in Eisenach. Dort war ein Vertrag mit der Vereinigung Eisenacher Tischlermeister zustande gekommen, nach welchem unter anderem am 1. April 1906 1 Pf. Lohnerhöhung und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung gewährt werden sollte. Diesen Abmachungen ist, wie die „Fachzeitung“ selbst zugibt, nur ein Teil der Eisenacher Tischlermeister nachgekommen. Die Tischler stellten darauf neue Forderungen; im Verlauf dieser Differenzen kam Herr Rahardt einmal nach Eisenach, und dort soll ihm ein Kollege einen Artikel der Erfurter „Tribüne“ in die Hand gedrückt haben, in welchem vom Oberscharfmacher Rahardt die Rede ist. Das ist der Tatbestand, der die „Fachzeitung“ veranlaßt, nun wie folgt loszuliegen:

„Ist es schon eine Methode, für die jedem anständigen Menschen die parlamentarischen Ausdrücke fehlen, den Vorstehenden einer Arbeitgeberorganisation zu beschimpfen, so ist es noch weit schlimmer, einen flagranten Vertragsbruch durch grobe Unmährheiten beschönigen oder rechtfertigen zu wollen.“

Bestände auch nur das geringste Gefühl der Verantwortlichkeit auf Seiten der Arbeiter, so hätte man diejenigen Arbeitgeber, welche mit der zweiten Zulage von 1 Pf. am 7. April in Bezug waren, auffordern müssen, der Vertragsbestimmung nachzukommen, und erst dann, wenn diese Mahnung fruchtlos geblieben wäre, hätte man gegen die Säumnigen andere Maßregeln ergreifen können. Ein verständiger Gauvorsitzer hätte sich aber zuvor an den Vorstand der Arbeitgeber mit dem Ersuchen gewendet, die betreffenden Arbeitgeber an ihre Pflicht zu erinnern. Von diesen Pflichten des Anstandes und der guten Sitte zwischen zwei Kontrahenten hat jedoch der zuständige Gauvorsitzer Papp in Erfurt augenscheinlich keine Ahnung; er scheint auch nicht zu wissen, daß er einen frivolen Vertragsbruch gegen diejenigen Arbeitgeber angeordnet hat, welche bis auf das Klippfelsen über dem in den Vertrag ausgeführt haben; ja ich mache ihn persönlich für die Unpöbelung in der „Tribüne“ verantwortlich und richte an den Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart die offene Anfrage, ob sich derselbe mit den Maßnahmen seines Gauvorsitzers Papp solidarisch erklärt.“

Was zunächst die „Tribüne“-Notiz anbelangt, so ist es der „Fachzeitung“ nur möglich, mich anzugreifen, weil sie mich mit der Notiz identifiziert. Ich muß für diese Ehrenbank. Was stand denn übrigens drin? Hat's dem Herrn Rahardt der Oberscharfmacher angetan? Du lieber Gott! Gegen die obigen Stillschreibungen der „Fachzeitung“ nimmt sich dieser Ausdruck aus wie ein wohlduftendes Weichensträußchen gegen eine Stinkbombe.

Ein verständiger Gauvorsitzer hätte, so führt die „Fachzeitung“ weiter aus, also erst den Vorstand der gegnerischen Organisation mahnen müssen. Mit Verlaub, verehrte „Fachzeitung“, das ist geschehen. Unsere Eisenacher Ortsverwaltung ist beim Herrn Dorschel, dem damaligen Vorsitzenden, vorstellig geworden. Der erklärte: „Ich will damit nichts mehr zu tun haben. Wie die Meister mich behandelt haben. Mit dem Gute sind sie herumgegangen, um die Unkosten der vorjährigen Lohnbewegung zu decken. Eine Gutsteuer hat man veranstaltet, um mich, den Obermeister, so abzufertigen, wie sonst ein Handwerksbursche abgefertigt wird.“

Gute Sitte und Anstand hätte erfordert, nur bei den Arbeitgebern zur fördern, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllten. Darüber bin ich anderer Meinung. Die Abmachungen sind

zwischen zwei Organisationen getroffen, beide sind solidarisch haftbar für die Vereinbarungen, und Sitte und Anstand hätten erfordert, daß rechtzeitig von der Vereinigung der Tischlermeister dafür gefordert wurde, daß die vertraglichen Bestimmungen innegehalten werden.

Das schönste aber ist, daß zur Zeit der neuen Forderungen gar kein Vertragsverhältnis mehr bestand. Der Absatz 5 des Eisenacher Vertrags beginnt mit dem Satze: „Dieser Vertrag gilt für die Zeit vom 15. Mai 1905 bis 1. April 1906.“ Am 2. April waren unsere Kollegen in Eisenach also frei und konnten tun und lassen, was sie wollten. Wenn die Eisenacher Tischlermeister ihre Verpflichtungen loyal erfüllt hätten, so hätten sich unsere Kollegen jedenfalls gesagt, lassen wir eine Spanne Zeit ins Land gehen, die Verhältnisse bedingen zwar eine Verbesserung des Lohnes, unsere Arbeitgeber haben aber erst jetzt zugelegt, da kann man nicht schon wieder mit Forderungen kommen. Und eben weil das nicht geschehen ist, sagten sich unsere Eisenacher Kollegen, den Herren gegenüber brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen.

Die „Fachzeitung“ hätte klüger getan, sich erst nach den tatsächlichen Verhältnissen zu erkundigen, ehe sie Vorwürfe so schwerer Art erhebt.

Dann wird als würdiges Seitenstück ein Vorkommnis aus Erfurt daneben gestellt. Herr Toll, ein hiesiger Tischlermeister, hat in seiner Werkstelle, wie allgemein anerkannt wird, einigermaßen anständige Löhne, er hat aber auch langjährige, äußerst tüchtige Arbeiter. Da war es im Sommer 1904, da verlangte Herr Toll die Fertigstellung einer bestimmten Arbeit in einer bestimmten Zeit und folgte hinzu, die Arbeiter könnten aufhören, wenn sie nicht fertig würden. Die vier Arbeiter sahen ein, daß sie das Verlangte nicht leisten konnten, und hörten auf. Wegen diesem Vorkommnis, so schreibt die „Fachzeitung“, sei über die Tollsche Werkstatt die Sperre verhängt worden. Das ist nicht wahr. Das Gegenteil ist richtig. Obwohl wir in Erfurt gar keinen Arbeitsnachweis besitzen, haben wir dem Herrn Toll andere Arbeiter zugeschiedt, allerdings ist ihm eine Serie minder tüchtige Kräfte zugeschiedt worden, um Herrn Toll den Unterschied zwischen tüchtigen und weniger tüchtigen Arbeitern begreiflich zu machen und ihn darauf hinzuweisen, daß man, wenn man langjährige tüchtige Arbeiter hat, diese auch schützen und entsprechend behandeln muß.

Bei dem Umgang mit der Behörde, die die „Fachzeitung“ anzieht, beweist ein weiterer Artikel in derselben Nummer über die Erfurter Lohnbewegung. Es heißt da: „Alle Verhandlungen einer gültigen Einigung scheiterten an den Schlagworten: Durchschnittslohn und Minimallohn.“ Das ist wieder nicht richtig. Wahr ist, daß Herr Toll die Verhandlungen über Minimallohn und Durchschnittslohn als „Blech“ bezeichnete. (Wohl leicht verehrt ihm die „Fachzeitung“ einmal statt des üblichen Kalenders einen Knigge.) Dieses „Blech“ wurde dann angenommen. Wie in vielen anderen Fällen, wo die Vertreter des Schutzverbandes Durchschnittslohn offerieren, so hat man sich auch hier auf Durchschnittslohn geeinigt. Die Verhandlungen sind an den Meinungsverschiedenheiten über Arbeitszeit, Lohnhöhe und Vertragsdauer gescheitert.

So geht's nun. Die „Fachzeitung“ beweist so recht, daß nichts wandelbarer ist als die Zeit und das Urteil der Menschen. Als vor zwei Jahren Herr Rahardt persönlich in Erfurt war, da waren wir die Musterknaben, damals schrieb die „Fachzeitung“: „Wir müssen anerkennen, daß die Verhandlungen auch von Seiten der Arbeiter mit einer Ruhe und Sachlichkeit geführt wurden, welche im Gegensatz zu manchen anderen Beispielen wohlthuend abfiel. Wir können nur wünschen, daß sich manche Geißsporne unter den Arbeiterführern bei ihren Kollegen in Erfurt Bescheid holen möchten, wie man sich in anständiger und doch bestimmter Form zu bewegen hat.“ Und heute, wo Herr Rahardt durch die Brille von Zwischenpersonen sehen muß, Räuber und Mörder. Vielleicht ändert der Herr Rahardt sein Urteil wieder, wenn er wieder mal persönlich nach Erfurt kommt. Vielleicht ist die Brille nur rüppig, die man ihm aufgesetzt hat. Wie dem aber auch sei, jedenfalls werde ich versuchen, mein Schicksal mit Würde zu tragen. Papp, Erfurt.

Eine Frage gewerkschaftlicher Taktik.

(Schluß.)

Im vorhinem befindet sich Heise in einem großen Irrtum, wenn er die christlichen Gewerkschaften mit Vergnügungsvereinen vergleicht. So liegen die Dinge denn doch nicht. Man hat wohl das Recht, die christlichen Gewerkschaften Zentrumsvereinen zu nennen, weil sie mit Unterstützung und im Interesse der Zentrumsparlei gegründet worden sind und sich noch heute vor den Zentrumsstarrern spannen lassen — Zentrumspolitik treiben, nicht aber hat man das Recht, sie mit Vergnügungsvereinen zu vergleichen. Sie mögen unverwerfliche Organisationsgebilde sein, den gewerkschaftlichen Charakter kann man ihnen jedenfalls nicht absprechen, das um so weniger, als sie in den letzten Jahren immer weniger den Kämpfen aus dem Wege gegangen sind, immer mehr und größere gewerkschaftliche Kämpfe geführt haben. Es ist ja Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften in den ersten Jahren ihres Bestehens sich entschieden gegen die Streikerei gewandt und der „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“ das Wort geredet, daß sie in den ersten Jahren ihres Wirkens wirtschaftliche Kämpfe nicht geführt haben; allen diesen Grundsätzen hat man im christlichen Lager aber halb Valet gesagt, und wir finden dort zurzeit eine rege Streikfähigkeit. Im Jahre 1904 waren die christlichen Gewerkschaften an 291 Bewegungen mit 14818 Mitgliedern beteiligt, und sie verausgabten an Streik- und Gemäßregelunterstützung 133862 Mk., im Jahre 1905 dagegen verzeichnete sie 614 Bewegungen mit 106619 beteiligten Personen und einer Ausgabe von 1000320 Mk. für Streik- und Gemäßregelunterstützung. Man mag über die von den christlichen Gewerkschaften produzierten Zahlen nun denken wie immer man will, über die Tatsache, der Ausgabe von rund 1 Million Mark allein für Streikzwecke in einem Jahre kommt man doch nicht hinweg. Wir glauben sagen zu können, daß in den christlichen Gewerkschaften dem Wagnigen nicht mehr gesondert wird als in der modernen Arbeiterbewegung. Arbeiterorganisationen, die in einem Jahre eine Million Mark für Streikzwecke erbringen können, die bilden aber in der Gesamtarbeiterbewegung einen wichtigen Faktor, mit dem man rechnen muß. Solche Vereine kann man auch nicht mehr aus der Welt schaffen; wenn man ihnen die Existenzberechtigung abspricht — dadurch macht man sich nur lächerlich; man kann sie auch auf keinen Fall ignorieren.

Zerklüftet ist auch die Auffassung Heises, wonach ein Zusammengehen der freien mit den christlichen Gewerkschaften die Entwicklung unserer Organisation hemme, „indem sie die gegnerische Organisation als gleichwertig anerkenne und somit ihre eigenen Agitationswaffen gegen die letzteren stumpf und wirkungslos mache“. Es müßte um unsere Agitationswaffen wie um unsere Sache überhaupt schlecht bestellt sein, wenn sie nach einer in Folge Zusammengehens mit den Christlichen, ob mit oder ohne Erfolg durchgeführten Lohnbewegung versagen würden. Zum Glück erwacht sich unsere Bewegung der Christlichen durchaus gewachsen, was allein schon die Entwicklung der freien Gewerkschaften in den Domänen der christlichen Gewerkschaftsbewegung beweist.

Man kann Rheinland-Westfalen als den eigentlichen Sitz der christlichen Gewerkschaften betrachten. Hatten sie doch in diesen beiden preussischen Provinzen nach Troeltsch-Hirschfeld im Jahre 1903 allein 77 Prozent ihrer Mitglieder, und dieses Verhältnis dürfte auch heute noch zutreffen. Rund 71000 Arbeiter waren im Jahre 1903 in Rheinland-Westfalen in den christlichen Gewerkschaften vereinigt, eine stattliche Zahl, zieht man die Jugend der christlichen Bewegung in Betracht; diesen Erfolg aber auf Konto der besseren Agitationswaffen der Christlichen oder gar auf die Stärkung ihres moralischen Einflusses auf die indifferente Arbeiterschaft, herbeigeführt durch die gemeinsam geführten Lohnbewegungen, zu setzen, hieße doch wohl den Tatsachen Gewalt antun. Denn einmal sind — leider — nur verhältnismäßig wenige Lohnbewegungen von uns gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften geführt worden. Unsere christlichen Gegner, im wirtschaftlichen Kampfe unerfahren wie sie nun einmal waren, glaubten uns zur Durchführung der von ihnen geplanten Bewegungen nicht nötig zu haben und traten selbständig in Lohnkämpfe ein, oder aber unsere Kollegen konnten den Widerwillen über das recht unsolidarische Gebaren der Christlichen nicht überwinden, oder sie verweigerten, von Heisescher Anschauungen befangen, jede Anerkennung der christlichen Gewerkschaften und lehnten ein Zusammengehen mit ihnen rüdnweg ab. So ist tatsächlich in Westdeutschland, am Sitze der christlichen Bewegung, ein Zusammengehen der freien mit den christlichen Gewerkschaften nur wenig in die Erscheinung getreten, und wenn die Christ-

lichen dort nicht schon längst an die Wand gedrückt sind, wenn sie sich im Gegenteil noch rapid vorwärts entwickelt haben, so liegt das gewiß nicht an zu großem Entgegenkommen der freien Gewerkschaften ihnen gegenüber. Gerade die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Westen hat gezeigt, daß man mit Heftigen Mitteln einer Arbeiterbewegung nicht den Lebensfaden abschneiden kann.

Man kann darüber aber sehr geteilter Meinung sein, ob und inwieweit die Entwicklung der christlichen Bewegung wie der modernen Gewerkschaftsbewegung in katholischen Gegenden von der Anerkennung der ersteren durch die letztere bei Lohnbewegungen beeinflusst wird. In Rheinland-Westfalen konnten die christlichen Gewerkschaften, obwohl sie von unseren Organisationen zumeist gar nicht anerkannt wurden, bis zum Jahre 1908 rund 71 000 Mitglieder unter ihren Fahnen vereinigen. Unsere Gewerkschaften, welche 1896 in beiden Provinzen 14 908 Mitglieder zählten, hatten 1908 eine Mitgliederzahl von 97 951 erreicht, hatten also in der Zeit des Wirkens der christlichen Gewerkschaften um 79 043 oder um 8043 mehr Mitglieder zugenommen, als diese insgesamt aufweisen konnten. Es muß bezweifelt werden, daß unser Zuwachs in Rheinland-Westfalen ohne das Vorhandensein einer christlichen Bewegung größer gewesen wäre, als es mit einer solchen tatsächlich der Fall war. Uns will scheinen — und wir kennen die Verhältnisse doch auch einigermaßen — wie wenn die christliche Bewegung nur wenig hemmenden Einfluß auf die Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung gehabt habe. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse können die christlichen Gewerkschaften nur in Arbeiterkreisen und in Gegenden eindringen, auf die wir zunächst gar keinen Einfluß haben und die jetzt auch unserer Bewegung verschlossen sind. Dort werden uns aber durch die christlichen Organisationen die Wege geebnet, die Christlichen verrichten dort eine Vorbereitungsarbeit im Interesse der modernen Gewerkschaftsbewegung. Auch sonst tragen die christlichen Gewerkschaften zu einer Belebung der Bewegung bei. Möchten sie immer verkehrend und gesplittend auf die Arbeiterschaft einwirken, sie haben doch oft genug, um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen, „Leben in die Bude gebracht“. Durch ihre Tätigkeit wurden unsere Kollegen, die bis dahin in solchen Gegenden nur wenig erfolgreich gearbeitet hatten und deshalb zumeist nutzlos geworden waren, zu agitatorischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen herausgefordert, sie wurden zu einer lebhafteren Agitation geradezu gedrängt. Und die Erfolge blieben nicht aus, und sie waren um so größer, je besser unsere Kollegen die Situation gegen die Christlichen auszunutzen verstanden. Und diese Erfolge waren gleich günstig — um einige Fälle aus den Bewegungen unseres Verbandes anzuführen — in Düsseldorf, wo unsere Kollegen nicht anders als gemeinsam mit den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen die Lohnkämpfe führten, wie in Köln, wo eine ausgesprochene Feindschaft gemeinsame Bewegungen nicht ermöglichte, wie in Aachen, Trier, Coblenz und Bonn, wo die Frage des Zusammengehens mit gegnerischen Organisationen noch nicht sonderlich aktuell geworden ist. Nach unserer Meinung hat denn auch die Frage, ob Zusammengehen mit gegnerischen Organisationen oder nicht, auf die Entwicklungen dieser und der modernen Gewerkschaften nie einen bedeutenden Einfluß gehabt, war diese Entwicklung vielmehr von der Aufnahmefähigkeit der zu organisierenden Arbeiterschaft und den organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten der beteiligten Gewerkschaften abhängig.

Zuzugeben ist, daß die christlichen — und auch die Hirsch-Dunckerschen — Gewerkschaften sich oft genug als unzuverlässige Bundesgenossen erwiesen haben. Aber das ist stets nur für den Ausgang der jedesmaligen Bewegung, niemals für die Entwicklung der freien Gewerkschaften verhängnisvoll gewesen. Und immer waren es die christlichen Christlichen und Hirsch-, die den alleinigen organisatorischen Nachteil von ihren Verrätern hatten. Diese Verräterei boten uns das beste Agitationsmaterial, das sich um so wirkamer erwies, als selbst der indifferenteste Arbeiter über das schädliche Treiben der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Holzarbeiter sich empören mußte. Solche Vorkommnisse überzeugen den indifferenten Arbeiter viel eher von der Schlechtigkeit der christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Sache, als selbst die schönste grundsätzliche Debatte zwischen freien und gegnerischen Arbeiterorganisationen.

Von einer Ignorierung der christlichen Gewerkschaften kann für uns jedenfalls gar keine Rede sein, am wenigsten bei Lohnbewegungen. Anders handeln hieße ja die Interessen der Arbeiterklasse in unverantwortlicher Weise mit Füßen treten. Es ist Pflicht und die einzige Aufgabe der modernen Gewerkschaften, alles zu tun, um der Arbeiterklasse eine wahrhaft günstige wirtschaftliche Position erringen zu helfen, sie widerstandsfähig zu machen zur Erreichung und Durchführung ihres Endziels: der Befreiung der Arbeiterklasse vom Druck der Lohnrechtenschaft. Finden sie bei dieser ihrer Arbeit Bundesgenossen im gegnerischen Lager, so haben sie kein Recht, diese zurückzuweisen, weil es sich um christliche Arbeiter handelt. Allein schon der Umstand, daß diese Arbeiter dasselbe Ziel verfolgen wie wir, das heißt die Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, und daß wir an manchen Orten ohne sie dieses so notwendige Ziel nicht erreichen können, muß uns zur Ausnahme ihrer Bundesgenossenschaft veranlassen, und ihre Qualität als Arbeitsbrüder kann uns dazu nur ermutigen. Ein Prinzip, das uns davon abhalten könnte, mit christlichen Arbeitern gemeinsam eine Lohnbewegung zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Position durchzuführen, gibt es nicht, über ein solches Prinzip würde auch die große Masse der Arbeiterschaft instinktiv zur Tagesordnung übergehen, wie sie oft genug schon über den Grundsatz zur Tagesordnung übergegangen ist, daß man indiffe-

rente Arbeiter bei Lohnbewegungen links liegen lassen müsse.

Von den modernen Gewerkschaften wird schon seit langen Jahren der Grundsatz aufgestellt, daß man bei Lohnbewegungen nur solche Kollegen unterstützen dürfe, die Kraft ihrer Mitgliedschaft Anspruch auf Unterstützung haben, und daß man an Orten, wo eine größere Zahl Indifferenten in Betracht kommen, Bewegungen lieber nicht führen soll. Und da ist es nun interessant zu beobachten, wie es gerade die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist, die, weil sie sich, um mit Heiße zu reden, zeitweilig mit den vorhandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen nun einmal nicht begnügen kann, gern die oft enorme Unterstützung der indifferenten Kollegenschaft leistet, die Unsummen sogar den Streikbrechern hintennach wirft, nur um wirtschaftliche Kämpfe führen und diese erfolgreich beenden zu können. Das ist auch eine Illustration zu der Heftigen Anschauung von der Behandlung indifferenter Arbeiter durch die Organisationen, und es wirkt schon mehr belustigend, wenn er von uns die Ignorierung der christlichen Bewegung wünscht, im gleichen Atemzuge aber fordert, wir sollten die Christlichen den Indifferenten gleichachten.

Heiße meint, unsere Organisationen seien bei gemeinsam geführten Lohnbewegungen „stets im Nachteil, die Christlichen scheuten sich nicht, ihre selbsttätigen Eigenbrödeleien zu verfolgen, auch auf die Gefahr hin, einen Keil in die angefangene Bewegung zu treiben, sie fischten regelmäßig im Erlösen“. Ihr armen freien Gewerkschaftler und ihr armen Sozialdemokraten, die ihr Völkchen befreien wollt und euch von den Christlichen bei einer simplen Lohnbewegung über's Ohr hauen laßt. Und ein solches Heer soll unter der Fahne vereint werden, „deren Sturmzeichen zum Kampfe wider den Kapitalismus führt“. Was werden wir wohl in diesem Kampfe erreichen, wenn wir uns sogar schon von den christlichen Gewerkschaften überworfen lassen? Da werden wir das Befreiungswort und den heiligen Krieg gegen den Kapitalismus wohl den gerisseneren christlichen Gewerkschaften überlassen müssen!

Auf nichts anderes kommt eigentlich der Vorschlag Heißes heraus. Wir sollen, weil wir mancherorts allein wirtschaftliche Kämpfe nicht führen können, sie gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften aber nicht führen wollen oder sollen, einfach Wehr bei Fuß das wirtschaftliche Kampffeld dem Gegner überlassen. Denn im Angesicht einer starken christlichen Minorität und unter Ignorierung der christlichen Organisationsbewegungen in Szene setzen wollen, hieße die gewerkschaftlichen Kräfte unnütz verzetteln, ein Beginnen, das, um so fruchtbarer wäre, als wir uns durch unser Vorgehen die Sympathien jedes rechtlich denkenden Menschen verschmerzen würden. Man würde es den Christlichen nicht so sehr zum Vorwurf machen können, wenn sie unter solchen Verhältnissen sich an einer Bewegung nicht beteiligten, das heißt Arbeitswilligendienste leisteten. Das macht ja beispielsweise den Kölner Fall so verhängnisvoll für die Christlichen, daß sie zum Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse wurden, obwohl sie von uns bei den Vorarbeiten zur Lohnbewegung als gleichberechtigt anerkannt worden waren. Ohne dieses Entgegenkommen von unserer Seite würden die Christlichen kaum so allgemein verurteilt worden sein.

Umgekehrt würden wir an Orten, wo wir in der Minorität wären, niemals mit denselben Repressalien auf ein eigenmächtiges Vorgehen der Christlichen antworten können, wie es die skrupellosen Christlichen bei einem eigenmächtigen Vorgehen unsererseits tun würden. Wir würden stets unsere Mitglieder vor Arbeitswilligendiensten bewahren müssen, müßten uns also ganz offen ins Schlepptau der christlichen Gewerkschaften nehmen lassen. Die Situation wäre also bemerkt, daß die Christlichen uns einer solchen Partei den einzigen Nutzen ziehen würden, daß sie sich jederzeit als die einzigen und wahren Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse rühmen könnten, was ihnen bei ihrer Skrupellosigkeit jedenfalls nicht schwer fallen würde. Eine schöne Situation, für die sich die freien Gewerkschaften höchstens bedanken müßten.

Wir werden denn auch nach wie vor die christlichen Gewerkschaften entschieden bekämpfen, das kann uns aber nicht abhalten, in den christlichen Arbeitern unsere Arbeitsbrüder zu sehen und mit ihnen zur Erzielung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Lohnbewegungen Hand in Hand zu gehen. Das gebietet das einfachste Interesse der Arbeiterklasse, und es kann uns von einer solchen Taktik keine prinzipielle Fehlnacherei eines mit dem Klassenkampf wenig vertrauten Prinzipienwächters abhalten.

Neues aus dem Lager der Christlichen.

n. Es besteht kein Zweifel, daß das bekannte Fuldaer Pastorale, das Hirtenschreiben der preussischen Bischöfe vom 22. August 1900, sich gegen die christlichen Gewerkschaften wandte. Die Verurteilung dieser Organisationen erfolgt zwar nicht unmittelbar, sondern dadurch, daß die Geistlichen angewiesen wurden, die katholischen Arbeiter in konfessionellen Arbeitervereinen zu sammeln und innerhalb dieser für die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter Fachabteilungen oder Gewerkschaften auf katholischer Grundlage zu errichten. Die positive Nuzanwendung des Hirtenschreibens gab dann einer der Teilnehmer der Fuldaer Bischofskonferenz, der Erzbischof von Freiburg, indem er in einem Begleitschreiben zu dem Pastorale sich unzweideutig und scharf im Ausdruck gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung wandte, die gezeigt habe, „daß das Wort „christlich“ hier nur ein leeres Schall und Ausschmückendes ist, und daß die Bewegung mit unausbleiblicher

Konsequenz nur der Sozialdemokratie zugute kommen kann, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollen“.

Seit der Zeit tobt im Lager der Christkatholiken ein heftiger Bruderkampf, auf wessen Seite das Heil, das heißt die wahre Organisationsform sei, ob bei den M.-Glabbacher, die für interkonfessionelle, oder bei den Trier-Berlinern, die für katholische Gewerkschaften sind. Über diese Frage ist auch die Zentrums-Presse in zwei Lager gespalten; von den führenden Organen steht die „Kölnische Volkszeitung“ auf Seiten der M.-Glabbacher, die „Germania“ auf Seiten der Berliner. Eine ganze Literatur ist über die Streitfrage erschienen: Zeitungsartikel, Broschüren und umfangreiche Bücher, jede Richtung hat ihre Organe und Organisationen, die sich gegenseitig bekämpfen mit all der Liebe und Sanftmut, wie sie feindlichen Christenbrüdern eigen zu sein pflegt.

Die Vertreter der katholischen Gewerkschaften (Fachabteilungen) berufen sich zur Rechtfertigung ihrer Bestrebungen auf die „Arbeiterzyklita“ des Papstes Leo XIII., jenes vieldeutige, im Jesuitenlatein geschriebene Machwerk, aus dem alles und nichts herauszulesen ist. Auch den jetzigen Papst hat man von der einen wie der anderen Richtung für sich mobil zu machen versucht. Pius X. scheint jedoch ein vorsichtiger Mann zu sein; er äußerte sich mal, mal anders, bis schließlich die Berliner die Genugtuung hatten, aus einer Unterredung des Papstes mit dem Prämonstratenserpatre Dr. Nouwens aus Holland nachweisen zu können, daß der Papst auf Seiten der rein konfessionellen Organisationen stehe. Von einer rein wirtschaftlichen Organisation, so berichtet der Holländer, wollte Se. Heiligkeit nichts wissen: „Das materielle Interesse tritt darin allzusehr in den Vordergrund, und die materielle Wohlfahrt allein kann die Gesellschaft nicht bessern. Immer und überall müssen die Katholiken sich der Autorität und der Leitung der Bischöfe unterwerfen. Mit Kraft und Nachdruck wiederholte Pius X. diese Worte mehrere Male: „Macht es in Holland nicht,“ sagte er wörtlich, „wie man es anderswo sich zutragen sieht, wo man die sozialwirtschaftliche Bewegung dem Einfluß der Kirche entziehen will.“

Getreu dieser Anweisung sind die holländischen Bischöfe denn nun auch vorgegangen. Die katholische Zeitung „Noordbrabant“ veröffentlicht am 10. Juli an der Spitze des Blattes folgende Erklärung des holländischen Episkopats: „Mehrfach wurde in der letzten Zeit sowohl in katholischen Blättern als auch in Broschüren über die Frage geschrieben, ob es denn nicht auch für die Niederlande wünschenswert sei, nicht katholische, sondern christliche Fachvereinigungen zu errichten, respektive die bestehenden katholischen Vereinigungen in christliche umzuwandeln; und es hat sich gezeigt, daß für die letztgenannten unter den Katholiken der Niederlande Propaganda gemacht wird. Die Bischöfe der Niederlande haben geglaubt — wie sie es hiermit tun —, hiergegen öffentlich mit der Erklärung hervortreten zu müssen, daß es ihr ernstliches und ausdrückliches Verlangen ist, die ihnen unterstehenden Katholiken zu vereinigen und vereint zu erhalten in katholischen Organisationen, weil einerseits allein in diesen die katholischen Prinzipien zu ihrem vollen Rechte kommen und andererseits ein Zusammengehen mit anderen Vereinigungen zur Erreichung bestimmter, als wünschenswert erachteter Ziele, sofern die katholischen Prinzipien diese zulassen, weder unmöglich gemacht noch erschwert wird.“

Auf Seiten der Trier-Berliner Richtung wird diese Kundgebung der holländischen Bischöfe als Rechtfertigung der katholischen Gewerkschaftsbewegung mit Freude begrüßt werden. Das Organ der Berliner, „Der Arbeiter“, gibt den Erlaß in seiner letzten Nummer mit besonderem Druck wieder. Dagegen äußert im Aachener „Volksfreund“ eine Zuschrift aus christlichen Gewerkschaftskreisen lebhaftes Bedauern. Der Erlaß werde die Bestrebungen, in die verfahrenen Verhältnisse der holländischen Arbeiterbewegung Ordnung zu schaffen, wesentlich erschweren; die Sozialdemokratie werde den Nutzen davon haben.

Für die Grenzbezirke im deutschen Westen ist die Kundgebung der holländischen Bischöfe insofern von Bedeutung, als viele tausend holländische Arbeiter als Maurer, Bergleute, Weber usw. in Aachen und Umgegend arbeiten. Viele dieser Arbeiter haben sich, wie der „Volksfreund“ mitteilt den christlichen Gewerkschaften in Deutschland angeschlossen, und es finden von deutscher Seite aus in den benachbarten holländischen Orten auch Versammlungen statt. Das Blatt hofft, daß den deutschen christlichen Gewerkschaften und ihren holländischen Mitgliedern von Seiten des holländischen Klerus keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Bei dieser Gelegenheit teilt der Gewährsmann des Aachener Blattes einige recht interessante Erfahrungen mit als Zeichen, wie die holländischen Geistlichen über die christliche Gewerkschaftsbewegung denken. Es heißt da:

„Auf der vorjährigen Generalversammlung des N. R. Minnerwerksbonds wurde dem als Gast anwesenden Vertreter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, der einige Begrüßungsworte sprechen wollte, nach Rücksprache mit dem Geistlichen Berater eine Redezeit von — drei Minuten gestattet; er sprach unter dem Beifall der ganzen Versammlung, aber weder der Vorsitzende noch der Berater erwähnten auch nur mit einer Silbe in ihrem Schlusswort die Begrüßung von der anderen Seite der Grenze. Als im vorigen Jahre christliche Gewerkschafter in den Grenzorten allgemeine Versammlungen abhielten, schrieb ein Geistlicher einen Brief nach Aachen, man möge doch aus seinem Dorfe wegbleiben; er wolle die Herren rufen, wenn die Sozialdemokraten kämen!“

Ganz wie bei uns! — möchte man beim Lesen dieser Zeilen ausrufen. Der Gewährsmann des Nacheren Blattes verwirft zwar die Anschauung, „daß Sozialpolitik und christliche Arbeiterbewegung nur dazu da seien, um ihnen und den Herren von Bildung und Besitz die Sozialdemokratie vom Leibe zu halten“ — aber im Grunde ist auch er der Meinung: „Gegen die Sozialdemokratie helfen auf die Dauer nur die christlichen Gewerkschaften“, und: „Die Arbeiterbewegung wird christlich sein oder sie wird sozialdemokratisch sein.“ Nun, lassen wir dem Mann seinen Glauben, daß es den christlichen Gewerkschaften gelingt, die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Bis jetzt ist der klassenbewußten Arbeiterschaft der Wettbewerb der Christlichen ganz gut bekommen, denn im Grunde arbeiten die Christlichen trotz allen Bemühens, der sozialistischen Arbeiterbewegung zu schaden, doch nur für uns. Und wenn die Herren Bischöfe es darauf anlegen, die christlichen Zersplitterungsversuche auf die Spitze zu treiben und deren Widerstum so vor aller Welt darzutun, so haben wir auch gegen diese Mitarbeit nichts einzuwenden.

Aus der amerikanischen Holzindustrie.

b. Der fabrikmäßige Charakter der Gesamtindustrie und im besonderen der Holzindustrie kommt in den Vereinigten Staaten in viel höherem Maße zum Ausdruck als bei uns in Deutschland, wo die handwerksmäßige Tradition, insbesondere bei der Anlernung der schulentlassenen Jugend, zum Gewerbe eine sehr große, ja für die gelernten Arbeiter ausschlaggebende Rolle spielt. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist aber auch die fabrikmäßige Produktion viel höher entwickelt, oder vielleicht besser gesagt, viel rationeller angewandt als bei uns. Vor allem kommt dies zum Ausdruck in der außerordentlichen starken Spezialisierung der einzelnen Fabriken. Da gibt es solche, die bloß Schreibtische einer besonderen Gattung herstellen, dann wieder andere, die ein anderes besonderes Möbelstück, weitere, die der Bau-schreiner sich spezialisiert haben, und so fort und so fort.

In den in mancher Hinsicht sehr interessanten und lehrreichen Reiseberichten aus Amerika, welche von den Kommissaren des preussischen Handelsministeriums erstattet wurden, und vor kurzem dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegt wurden, finden wir, wenn auch an zahlreichen Stellen verstreut, sehr interessante Angaben über die amerikanische Holzindustrie, über die Ausbildung der Arbeiter in derselben und manches andere. Dies sei mit Auswahl und Kritik hier zusammengestellt. In einem Betriebe in Davenport in Iowa lernte ein Kommissar des deutschen Handelsministeriums eine Spezialindustrie in der Holzbearbeitung kennen. Eine Fabrik, die sich bis dahin neben der Herstellung einfacher Möbel mit der Anfertigung von Waschmaschinen befaßte, hatte sich nun auf letztere Produktion beschränkt und unter Anwendung einer nicht ungeschickten Methode sich mit der größten Intensität der Erzeugung von Waschmaschinen gewidmet. Die Zahl der Arbeiter war im Vergleiche zum Umfange des Betriebes schon auf ein Minimum beschränkt. Mit Handarbeit wurde nur das gemacht, was sich nicht, oder noch nicht mit den Maschinen machen ließ: das Zusammenfügen der Bretter für die Waschkücher von konischer Form und die Anstreicherarbeiten. Für das Zusammenfügen der Fassbretter war jedoch bereits eine Maschine in Auftrag gegeben, mit deren Hilfe es drei Arbeitern möglich sein soll, so viel zu leisten, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen zwanzig vermögen. Als Grund für die Anschaffung der erwähnten Maschine wurde nicht nur die Anbahnung einer billigen Produktionsweise und erweiterte Massenfertigung angegeben, sondern auch ganz direkt das Streben, sich von der Handarbeit und von der Einwirkung der Arbeiter auf den Produktionsprozess möglichst unabhängig zu machen. Außer den üblichen Holzbearbeitungsmaschinen fiel eine maschinelle Einrichtung besonders auf, mit der man ohne Vorbohrung Holzschrauben in Bretter einführte. Bemerkenswert erschienen ferner die mechanischen Vorrichtungen zur Beförderung von Rohmaterialien und halbfertigen Arbeiten innerhalb der Fabrik, sowie die Vorrichtung zum Absaugen der Späne. Diese wurde von einem Nehe von Röhren in einem auf erhöhtem Platz stehenden Kessel gesammelt und von dort aus der Dampfheizung zugeführt. Diese Einrichtungen waren, wenn auch nicht neu, in ihrer ausgedehnten Verwendung jedenfalls bezeichnend dafür, wie man kostspieligere Handarbeit zu beschränken weiß.

Für die Massenfertigung eignen sich wegen ihrer Gleichmäßigkeit in Form und Größe ganz besonders die Bau-schreinerarbeiten. Unter diesen sind es wieder die Türen und Fenster, die ja auch bei uns in Deutschland und Schweden fabrikmäßig hergestellt werden. In den Fabriken der Vereinigten Staaten sind maschinelle Einrichtungen zur Behoblung Sägen, Fräsen usw. in großer Zahl vorhanden, besonders fielen die Vorrichtungen zum Zusammenfügen der Hölzer auf, die außerordentlich schnelles Arbeiten ermöglichen. Auch die Maschinen für die feinere letzte Bearbeitung der Gegenstände ermöglichte bei großer Schnelligkeit genaue und saubere Herstellung namentlich der Türen. Das Verglasen der Fenster geschah mittels Arbeitsteilung in der Weise, daß ein Arbeiter die Glasscheiben in die Fensterrahmen legte und sie mit Hilfe eines kleinen Apparates, in dem sich Metallplättchen zum Einschlagen ins Rahmholz befanden, besetzte. Ein anderer Arbeiter strich fortgesetzt Kitt auf die Fenstertanten. In einem benachbarten Räume erfolgte der übliche Anstrich. Am Zeit zu sparen, strich man die Türen nicht mit dem Pinsel, sondern tauchte sie in einen Behälter mit Öl oder Firnis, worauf sie zum Abtrocknen auf eine geneigte Fläche gelegt wurden. Der durch dieses

Verfahren im Vergleich zum Anstrich mit dem Pinsel veran-lasste größere Materialaufwand ist für die Produktionskosten von geringer Bedeutung und findet in der Zeitersparnis seinen Ausgleich.

Bemerkenswert sind die typischen Maße der amerikanischen Bau-schreinerarbeiten, die schnelle Tätigkeit in den Werk-stätten gestalten und niedrige Verkaufspreise ermöglichen. Nebenbei werden durch die Einhaltung jener Einheitsmaße Versehen verhütet, wie sie infolge der in Deutschland üb-lichen verschiedenen Maßverschiedenheiten bei den Bauaus-führungen leicht vorkommen. Innerhalb der gegebenen Größen herrscht wieder große Mannigfaltigkeit der Aus-stattung. Die Türen unterscheiden sich nicht nur nach An-zahl und Form der Füllungen, sondern ebenfalls durch Ver-zierung mit Leisten und Schnitzereien, während im Aussehen der Fenster mit Anwendung gemusterten Glases oder in Blei gefaßter Scheiben ein wünschenswerter Wechsel hervor-gebracht wird.

In Größe wechselnde und der Form nach verschiedene Arbeiten bieten die in den amerikanischen Häusern meistens frei liegenden Treppen mit ihren reich verzierten Pfosten- und Balustraden, sowie das Holzgitterwerk in den Türöff-nungen und die Wandverkleidungen. Doch auch bei der Herstellung dieser Arbeiten finden Maschinen auch für Schnitzereien vielfach Verwendung. Zur Anfertigung von Treppen in runder, vierseitiger oder achtfseitiger Form be-dient man sich einer und derselben Maschine, mit der ein Mann pro Tag 600 dieser Stäbchen herstellen kann. Die Fabrik liefert vollständige Hauseinrichtungen, wobei die Maschine den größten Teil der Arbeit leistet und das Zu-sammenfügen der Hand gelehrter Arbeiter verbleibt.

Die Gleichmäßigkeit der Arbeitserzeugnisse erleichtert und verbilligt die Verpackung und Verwendung derselben, mit denen ein weites Absatzgebiet zu versorgen ist.

Aber auch bei der feineren Holzbearbeitung trifft man auf ähnliche weitgehende Inanspruchnahme von Maschinen und Arbeitsteilung. Zum großen Teil entstammt die Kon-struktion der verwendeten Spezialmaschinen Vorschlägen der von der Fabrik beschäftigten Personen. Verwerthbare Ge-danken von Arbeitern für die Vervollkommnung vorhandener maschineller Einrichtungen werden ebenso wie Vorschläge für neue Maschinen vom technischen Personal geprüft, prä-miiert und die Maschinen alsdann gebaut. So entsteht eine große Anzahl von eigenartigen Arbeitsmaschinen, zum Bei-spiel in einer Pianofortefabrik besondere Arbeitsmaschinen für die Herstellung der Klaviatur und Klaviaturmechanik, besondere Vorrichtungen für das Furnieren des Holzes mittelst hydraulischen Druckes, für Schleifen und Polieren. Über die amerikanische Möbelindustrie wird in den Reise-berichten geurteilt, daß sie in den marktgängigen Erzeug-nissen gewöhnlich ist. Die für wohlhabendere Kreise be-stimmten Stücke sind oft mit auf der Fräsmaschine hergestellten Schnitzwerk überladen. Amerika eigentümlich, sehr prak-tisch und oft gefällig sind die in den mannigfächsten Formen vorkommenden Schaukelstühle, deren äußerst bequeme, dem Körper angepasste Form jedem Benutzer auffällt.

Der Stil, der in Amerika den bisherigen zurückdrängt, ist der sogenannte Missionarstil, welcher angeblich von den Bauden der spanischen Jesuiten in Kalifornien, Texas, Neu-mexiko hergenommen ist. Die Möbel des Missionarstils sind kastenartig und zeigen ungemein einfache Gebrauchsformen, die gerade Linie herrscht vor, so daß man mitunter an Schöpfungen moderner deutscher Möbelkünstler erinnert wird. Die große Möbelfabrik in Grand Rapids fertigt solche Möbel, wie es die jetzige Mode in den Vereinigten Staaten verlangt, meist in grün gebeiztem Eichenholz.

Über das Rohmaterial der Holzindustrie noch einige we-nige Worte. Die Holzindustrie war mit den Schätzen der nord-amerikanischen Erde noch vielfach Handbau und Verschwen-dung getrieben. Manche Rohstoffe werden daher in den Vereinigten Staaten viel früher verfesten, als es den Be-wohnern des Landes lieb sein wird. Beispielsweise werden schon in wenigen Jahrzehnten — in manchen Gegenden schon in wenigen Jahren — die reichen Holzbestände schwinden, aus denen jetzt ohne Sorge für den Nachwuchs alljährlich gewaltige Massen Holz für die Ausfuhr und für den Inlandsbedarf geschlagen werden. Im Rechnungsjahr 1905 betrug der Wert der zur Einfuhr in die Vereinigten Staaten gelangten unbearbeiteten Hölzer bereits 86 058 000 Mk.

Soziales.

Arbeiter, merkt's euch!

Auf eine Anfrage der Bremer Handelskammer betref-fs Arbeiterurlaub hat die Chemnitzer Handelskammer folgendes Gutachten abgegeben:

„Im übrigen dürfte es auch viel zu weit gehen, Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesund-heit nicht schädigenden Verhältnissen arbeiten. Für Beamte, die geistig tätig sind und, wie es in vielen Geschäften noch vorkommt, angestrengt tätig sein und häufig Überstunden arbeiten müssen, die bei ihrer Tätigkeit auch keine körperliche Ausarbeitung haben, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt. Für Arbeiter dagegen ist ein solcher Urlaub nicht erforderlich. Die Beschäftigung dieser Per-sonen ist an sich eine gesunde. Eine geistige An-strengung kommt nicht vor, auch von körperlicher Über-arbeitung kann man nicht reden. Soweit Hand-arbeit überhaupt noch zu leisten ist, erfolgt sie in einer Weise und in einem Tempo, die von einer Überanstrengung der Kräfte weit entfernt sind. Die sanitären Verhältnisse

— Lüftung, Heizung, Beleuchtung, Trinkgelegenheiten, schnelle Hilfe bei Unfällen usw. — sind wohl ausnahmslos günstig. Die Arbeitszeit, die neuerdings in der Mehrzahl der Betriebe zur Einführung gelangt ist (von früh 7 bis mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr nachmit-tags) ist zudem so bemessen, daß den Arbeitern völlig ausreichend Zeit zur Erholung und Bewegung im Freien bleibt. — Aus allen diesen Gründen hat die Chemnitzer Handelskammer die Einführung des Sommerurlaubs für Arbeiter nicht als not-wendig bezeichnet.“

Von Sachkenntnis ist dieses „Gutachten“ jedenfalls nicht getrübt. Denn jeder Kenner der Arbeiterverhältnisse, jeder Sozialpolitiker und Arzt, dessen Urteil von den niedrigsten Unternehmerinteressen nicht beeinflusst ist, weiß, daß gerade die lohnarbeitende Bevölkerung es ist, deren Gesundheit in-folge ungesunder Arbeit und übermäßiger Ausnutzung der Körperkräfte am schlimmsten zerrüttet ist. Und jede Kranken- und Sterbestatistik legt Zeugnis davon ab, wie der Arbeiter-stand durch die moderne Arbeitsweise frühzeitigem Siechtum und Tod überantwortet wird. Jedenfalls hat der Arbeiter viel mehr Anspruch auf einen Erholungsurlaub als die Unter-nehmer und höheren Bureaubeamten, die meist nur von den durch Müßiggang und Überfluß hervorgerufenen Modetrant-beiten geplagt sind.

Man kann einem Unternehmerorgan, wie die Handels-kammer eines ist, nicht zumuten, alle diese Dinge, die über die Rasenspitze eines kurzfristigen Unternehmers hinaus-reichen, zu kennen, und darüber ein objektives Urteil ab-zugeben. Wir verzeichnen den Fall auch nur, weil er von der niedrigen Einschätzung der Qualität der Lohnarbeitkraft durch das moderne Scharfmachertum Zeugnis ablegt. Wir werden uns dieses „Gutachten“ aber sehr gut merken!

Der deutsche Arbeitsmarkt erfuhr nach der Jastrowschen Arbeitsmarktkorrespondenz im Juni unerwartete eine leichte Abschwächung. Während seit 1902 im Juni eines jeden Jahres der Andrang gegenüber Mai zurückging, nahm er im Juni laufenden Jahres etwas zu. Durch diese Bewe-gung ist der Vorsprung, der das Jahr 1906 vor dem letzten Jahre hatte, recht stark zusammengeschrumpft. In den ver-gangenen sechs Monaten gestaltete sich nämlich der Andrang am Arbeitsmarkt wie folgt. Auf 100 offene Stellen kamen

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1905	157,2	189,4	110,8	111,0	117,8	108,8
1906	188,5	120,9	100,9	100,8	101,5	105,1
Spannung	-18,7	-18,5	-9,9	-10,6	-16,8	-8,2

Der Andrang ist allerdings noch immer geringer, als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Fortdauer der gegenwärtig günstigen Wirtschaftslage sei aber ferner hauptsächlich noch durch den Auftragsbestand der Industrie gesichert, der so reichlich sei, daß selbst bei einer Trübung der Marktlage der Beschäftigungsgrad in den nächsten Monaten nicht leicht eine Stauung erfahren werde. Ungünstig liegt eigentlich nur die Bau-tätigkeit, und das auch nur für einige Gegenden und Städte.

Ein Minister als Streifbrecheragent. Der holländische Minister des Äußeren macht im „Staatscourant“ bekannt, daß in Deutschland gegenwärtig ein starkes Be-dürfnis nach Arbeitskräften vorhanden sei. Weiter macht der Minister darauf aufmerksam, daß infolge des Ausstandes der Holz- und Getreideerträge in Duisburg Mangel an Ar-beitern vorhanden sei, und da, wie er meint, der Ausstand noch lange dauern kann, könnten dort viele Arbeiter sofort Anstellung finden. Der Minister gibt den arbeitswilligen Leuten schließlich noch den Rat, sich mit Legitimations-papieren zu versehen oder sich an die Konsulate zu wenden. — Unsere holländischen Genossen werden jedenfalls dafür sorgen, daß dem Minister einmal klar gemacht wird, daß Streifbrechererzeugung nicht zu seinen Aufgaben gehört.

Ueber die Gründung von deutschen Aktiengesell-schaften im ersten Halbjahr 1906 veröffentlicht der „Deutsche Ökonomist“ die übliche Zusammenstellung. Danach wurden 120 neue Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 228 547 000 Mk. gegründet. Für die Industrie ergeben sich 107 Gesellschaften mit 171 610 000 Mk. Aktienkapital. Von 1898 ab war die Gründungstätigkeit im ersten Halbjahr innerhalb der Industrie folgende:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark
1899	168	212,21
1900	160	218,88
1901	85	89,89
1902	44	41,46
1903	40	77,97
1904	51	68,82
1905	79	95,22
1906	107	171,61

Man ersieht aus dieser Statistik, daß die industrielle Gründungstätigkeit im ersten Halbjahr 1906 stärker war als je im entsprechenden Zeitraum eines Jahres seit 1901. Da-gegen blieb sie hinter der Tätigkeit in den beiden Jahren 1899 und 1900 noch erheblich zurück.

Die Firma Friedrich Krupp hat, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, im letzten Geschäftsjahr wiederum ihren Betrieb beträchtlich vergrößert. Sie beschäftigte am 1. April 1906 insgesamt einschließlich 5065 Beamte 62 558 Personen gegen 55 816 einschließlich 4632 Beamte am gleichen Tage des Jahres 1905. Von diesen entfallen auf die Gußstahl-fabrik Essen mit den Schmelzplätzen 35 877 (29 908), das Grusonwerk in Wuckau 4608 (3938), die Germaniawerft in Kiel 3961 (4451), die Kohlenzechen 8864 (8410), die Hütten-werke 5006 (4286), Stahlwerk Annen 870 (840), die Eisen-steingruben 8828. Der Durchschnitt der auf der Gußstahl-fabrik pro Kopf und Tag bezahlten Löhne betrug 1902 4,52 Mk., 1903 4,56 Mk., 1904 4,88 Mk. und 1905 5,12 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Nürnberg wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli einen Lokalbeitrag von 20 Pf. (weibliche Mitglieder 5 Pf.) pro Woche, desgleichen der Zahlstelle Urdingen, ab 1. August einen solchen von 10 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Nach dem Beschluß des Verbandstags in Köln sind fortan alle Anträge, welche bezwecken, einen Ort oder einzelne Werkstätten in der „Holzarbeiter-Zeitung“ für Verbandsmitglieder zu sperren, nicht mehr direkt an die Redaktion, sondern an den Verbandsvorstand zu senden. Indem wir auf diesen Beschluß verweisen, ersuchen wir, gleichzeitig darauf zu achten, daß jeder derartige Antrag hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein muß.

Das Protokoll über die Verhandlungen der Modelltischlerkonferenz wird nunmehr in kurzer Zeit unter dem Titel: „Zur Organisation der Modelltischler“ erscheinen. Die Broschüre soll als Agitationschrift unter den Mitgliedern dieser Branche gratis verteilt werden, und ersuchen wir die Lokalverwaltungen, die Bestellungen hiernach umgehend an uns gelangen zu lassen.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sowie der Buchbinder gingen ferner von Zahlstellen folgende Beträge ein: Bietigheim 10 Mk., Gunnersdorf 10, Demmin 11,70, Dessau 20, Fürstenberg i. Meckl. 5, Forstheim 15, Quatenbrück 30, Straubing 10, Wandsbek 75, Weimar 20,80, Ziegenhals 10, zusammen 217,50 Mk. Bisher quittiert 1903,75 Mk. Summa 2121,25 Mk.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Juli über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. August zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einsenden müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 77092 Emil Reifner, Tischler, geb. 25. 8. 75 zu Plauen.
- 18772 S. Schäfer, Tischler, geb. 1. 4. 80 zu Reddehausen.
- 196740 Ewald Zander, Tischler, geb. 6. 12. 77 zu Antstrebber.
- 202545 Rich. Hornoff, Drechsler, geb. 31. 5. 85 zu Gunnersdorf.
- 216481 Alfred Schöbel, Tischler, geb. 13. 3. 88 zu Zabelsdorf.
- 255920 Albert Groß, Polierer, geb. 19. 2. 81 zu Celle.
- 265219 Max Watling, Tischler, geb. 6. 6. 75 zu Spremberg.
- 296548 Franz Juff, Tischler, geb. 4. 5. 86 zu Mürgdorf.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Breslau. Unser Bureau befindet sich nicht mehr Monhauptstraße 6, sondern Breslau X, Behmdamm 41 p. Alle Sendungen bitte ich nach dort an meine Adresse zu richten.
Karl Dietrich, Gauvorsteher.

Gau München. In der Klage und späteren Berufungssache der Kollegen Paul Ziefe, Schreiner, Wam Klaus, Holzbieger, und Johann Fischer, Korbmacher, sämtlich früher in Deggendorf, gegen die Firma L. und G. Vollmuth, Holzwarenfabrik dortselbst, wurde letztere verwurteilt, und ersuchen wir die drei Kollegen, ihre Adressen mitzuteilen, um bekannt zu geben. Die Klagen von weiteren neun Kollegen gegen genannte Firma wurden kostenpflichtig abgewiesen, und bringen wir dies den betreffenden Kollegen auf diesem Wege zur Kenntnis.

München, im Juli 1906.
Anton Raith, Gauvorsteher, Humboldtstr. 40 I.

Korrespondenzen.

Berlin. (Modelltischler.) Am 5. Juli fand hier eine Branchenversammlung der Modell- und Fabrikarbeiter sowie Modelldrechsler mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Organisationszugehörigkeit der Modelltischler und das Verhalten des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschafts; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes. Branchenleiter Köppen schildert in seinem einleitenden Referat in großen Zügen das Entstehen und den Werdegang der deutschen Gewerkschaften. Er geht auf die Gründung des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschafts ein und vergleicht an der Hand eines guten Zahlenmaterials die modernen, auf dem Klassenboden stehenden freien Gewerkschaften mit den in jeder Hinsicht rückständigen Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, die sich, wie unzählige Beispiele lehren, immer mehr zu Streikbrecherorganisationen entwickeln. Obgleich nun die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften ihrer verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl sowie ihres chronischen Geldmangels wegen niemals auf die Aktionen der Zentralgewerkschaften einen nennenswerten Einfluß ausüben können, so wäre dies doch unter besonderen Umständen, zum Beispiel in kleinen Orten oder in einzelnen Branchen, nicht völlig ausgeschlossen. Deshalb sei es auch notwendig, unsere Kollegen auf das in vielen Fällen indifferente Gebaren der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften aufmerksam zu machen und eine rege Agitation in den Werkstätten zu entfalten, damit auch diesem Teil der Kollegen die Augen geöffnet würden. Eine in diesem Sinne aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Obgleich zu dieser Versammlung die Gewerkschaften besonders eingeladen wurden, waren dieselben beständig abwesend, doch nicht erschienen. Ob dies auf einen

Befehl ihres Generalrats zurückzuführen ist, oder ob sich ihrer ein begriffliches Schamgefühl bemächtigt hatte, können wir augenblicklich nicht sagen. — Im Anschluß hieran machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß verschiedene hiesige Unternehmer in auswärtigen Blättern wiederholt nach Modelltischlern anannoncierten, während hier am Orte eine größere Anzahl arbeitsloser Kollegen sind. Die Unternehmer wissen dies auch, versuchen jedoch durch diese Manipulationen die bestehenden Verhältnisse für die hiesigen Kollegen zu verschlechtern. Unser Arbeitsnachweis befindet sich Gormannstraße 13. Die Vermittlung geschieht von 8 bis 10 Uhr vormittags. Das Umschauen ist streng verboten.

Hamburg. (Modelltischler.) Da zurzeit der Zugang von Berufskollegen hierher ein großer ist, möchten wir die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, die reisefähigen Kollegen allerorts darauf aufmerksam zu machen, daß die Situation für unsere Branche alles andere als günstig ist. Nicht nur, daß die Konjunktur eine schlechte ist und heimische arbeitslose Kräfte zur Verfügung stehen, sind auch die Lohnverhältnisse in Hamburg derart, daß manche frohe Hoffnung in Enttäuschung umschlagen wird. Auch sind die hygienischen Verhältnisse der meisten Werkstätten keineswegs befriedigend. Zwar sind die hiesigen Kollegen eifrig an der Arbeit, ihre Lebenslage zu verbessern, doch sind ihre Bemühungen nutzlos, wenn die auswärtigen Kollegen auf die verlockenden Arbeitsangebote in der Annoncenpresse, welche von den Unternehmern ständig ausgestreut werden, so zahlreich nach hier kommen. Die Arbeitsvermittlung liegt hier ausschließlich in den Händen der Unternehmer, welche sie auch strupplos für ihre Zwecke mißbrauchen. Wir sind dagegen fast machtlos. Die Junierversammlung unserer Sektion befaßte sich nach einem Referat des Kollegen Damer über Arbeitsnachweise auch mit dem hiesigen Nachweis und dessen Befämpfung. Es wurde folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht der sich ständig wiederholenden Klagen über die parteiliche Handhabung bei der Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsbüro des Metallindustriellenverbandes und des dadurch berechtigten Verdachts, Berufskollegen aus ihnen nicht bekannten Gründen von der Vermittlung zeitweilig auszuschließen, erachtet es die Sektionsversammlung für geboten, jedem Kollegen die Pflicht aufzuerlegen, bei eventueller Arbeitslosigkeit streng darauf zu achten, ob solche versteckte Maßregelungen erfolgen, und jeden Fall unverzüglich dem Sektionsleiter mitzuteilen, damit auf Grund des gesammelten Materials energische Abwehrmaßnahmen unternommen werden können.“ Wir ersuchen nun jeden nach Hamburg reisenden Kollegen, in unserem Verbandsbureau, Rosenstraße 37 I, und in unserem Verkehrslokal, Gimsbüttelstraße 12, bei Seitman, sich nach unseren Verhältnissen zu erkundigen und obige Resolution streng zu beachten.

Hanneln. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier so großartig und den Kollegen geht es so gut, daß sie es gar nicht für nötig finden, die Versammlungen zu besuchen. Die letzte regelmäßige Versammlung war so schwach besucht, daß sie gar nicht stattfinden konnte. Die Zahlstelle, die abgesehen von 14 in den umliegenden Orten beschäftigten Kollegen, 38 Mitglieder zählt, war von ganzen acht Kollegen besucht, denen sich noch gegen 10 Uhr zwei hinzugesellten. Da wegen des schwachen Besuchs nichts beschlossen werden konnte, so machte der Vorsitzende nur noch bekannt, daß unbedingt eine Hausagitation ins Werk gesetzt werden müsse. Obgleich es schon in den vorhergegangenen Versammlungen ausgesprochen und auch anerkannt wurde, daß unbedingt in eine energische Agitation eingetreten werden müsse, um die indifferenten Kollegen der Zahlstelle zuzuführen und dieselbe vorwärts zu bringen, um dann bei einer besseren Konjunktur mit Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten, so waren ganze drei Kollegen bereit, die Hausagitation vorzunehmen. Wenn die Kollegen glauben, bei ihrer Gleichgültigkeit die Zahlstelle heben zu können, oder von den Arbeitgebern freiwillig eine Besserung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses erhalten zu können, so befinden sie sich in großem Irrtum, denn ohne intensive Agitation ist es ganz ausgeschlossen, daß jemals etwas für die Kollegen erreicht werden kann. Bemängelt muß auch werden, daß die Revisoren trotz rechtzeitiger Einleitung es nicht für nötig fanden, die Abrechnung mitzumachen und dieselbe zu revidieren. Kollegen, es nun unter allen Umständen mit der Gleichgültigkeit aufgeräumt, von jedem Kollegen eifrig agitiert werden, damit die uns fernstehenden dem Verband zugeführt werden. Weiter müssen die regelmäßigen Versammlungen besser besucht werden, um durch Rede und Gegenrede die nötige Aufklärung zu schaffen. Wenn dies von den Kollegen beherzigt und ausgeführt wird, dann können auch wir hier bald ans Werk gehen und uns bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen. Darum also vorwärts ans Werk!

Hornberg. Auch wir sind genötigt, einmal von dieser Stelle aus uns an die Mitglieder sowie an sämtliche hiesige Holzarbeiter zu richten mit der dringenden Bitte, einmal die Schlafmütze etwas zu lüften. Hauptsächlich die Holzschneider möchten sich einmal ihrer traurigen Lage bewußt werden und einsehen lernen, daß es vorteilhafter für sie wäre, sich der Organisation anzuschließen und sich auf diese Art bessere Verhältnisse zu erringen, statt wie bisher sich gegenseitig selbst zu ruinieren durch Wettlauf nach erschmeichelten Löhnen, Liebedienerei usw. Dem Verbandsvorstand möchten wir eine besondere Berücksichtigung dieser Branche empfehlen, und auch hier Brancheneinteilungen vorzunehmen, was gewiß von großem Nutzen für die betreffenden Kollegen wäre, denn nirgends ist die Schmutzkonzurrenz größer wie in der Schnitzereibranche. Daß dieser Sorte Arbeitgeber der Verband ein Dorn im Auge ist, beweist der Umstand, daß einer der Herren Meisterföhne sich berufen fühlt, den Verband totzureden. Kollegen, trotz alledem frisch ans Werk! Frisch gewagt ist halb gewonnen.

Landsberg a. d. Warthe. Hier fand am 14. Juli eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Gyner-Berlin den Bericht über den Verbandstag gab, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner ihre Befriedigung über die Beschlüsse des Verbandstags aus und erklärten, daß noch nie ein Verbandstag die Wünsche der hiesigen Zahlstelle so erfüllt habe wie der in Köln. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden auf, tüchtig für den Verband zu agitieren, da gerade hier in Landsberg für die Agitation noch ein sehr großes Feld zu bearbeiten sei. Er wisse selber, daß die Agitation hier schwieriger als anderwärts sei, aber

darum müsse erst recht jeder Kollege seine Schuldigkeit tun und sich nicht allein auf die leitenden Kollegen verlassen, sondern selbst Hand ans Werk legen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie mit den Beschlüssen des Verbandstags einverstanden, und verpflichtet sich die Anwesenden dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse des Verbandstags zur Ausführung gelangen.“ — Am 15. Juli sprach Kollege Gyner in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Diese Versammlung war hauptsächlich für die in Schneidemühlen und auf Holzplätzen beschäftigten ungelerten Arbeiter einberufen. Obgleich die Zahl der ungelerten Holzarbeiter am Orte viele Hunderte zählt, so war die Versammlung doch nur schwach besucht. In einer einstündigen Rede legte der Referent den Anwesenden den Zweck und Nutzen der Organisation dar und tam auch auf die ungünstigen Arbeitsverhältnisse für diese Arbeiter zu sprechen. Wurde doch auf Schneidemühlen und Holzplätzen hier am Orte noch 16 Stunden und darüber bei einem Verdienst von 20 Pf. pro Stunde gearbeitet. Mit einem schärfen Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, schloß Redner seinen sehr sachlich gehaltenen Vortrag. — Obgleich die Zahl unserer Mitglieder am Orte in letzter Zeit bis auf 200 gestiegen ist, so haben wir doch noch ein sehr großes Stück Arbeit auf dem Gebiet der Agitation zu leisten. Gibt es doch Fabriken am Orte, wo über 300 Arbeiter beschäftigt werden, wovon leider kaum 20 organisiert sind. Es wird Sache der hiesigen Kollegen sein, sich mehr als bisher der Organisation zu widmen und sich mehr an der Agitation zu beteiligen. Kollegen, wir dürfen hier den Mut nicht sinken lassen, sondern müssen kräftig an der guten Sache weiter arbeiten, sonst könnte eine Zeit kommen, wo sich unsere Nachlässigkeit bitter rächt. Würden wir dieselbe Ruhe und Ausdauer bei der Agitation anwenden wie eine Anzahl Kollegen beim Angeln in der Warthe, wahrlich, wir stünden heute besser da in unserer Organisation. Kollegen, werfen wir doch lieber die Angel in den Strom des Individualismus, die Krankenunterstützung ist ein neuer Köder, vielleicht lockt diese mehr als die anderen Einrichtungen unseres Verbandes.

Mannheim. (Modelltischler.) Am 10. Juli wurde eine Vertrauensmännerprüfung abgehalten, welche sich mit dem Rundschreiben der Zentralkommission, betreffs Arbeitsnachweis, befaßte. Nach Berichterstattung der verschiedenen Werkstätten wurde es auch in Mannheim für nötig befunden, demselben mehr Aufmerksamkeit zu schenken, und beschloffen, daß die Vertrauensleute der verschiedenen Werkstätten in steter Verbindung mit dem sich am Orte befindlichen Bureau bleiben müssen, damit die frei gewordenen Stellen sofort auf denselben bekannt gegeben werden. Umschauen und Briefschreiben an die Firmen und Meister ist strengstens untersagt. Die umliegenden Zahlstellen sind noch brieflich davon in Kenntnis zu setzen, daß die dortigen Kollegen den hiesigen Arbeitsnachweis benutzen und eventuelle Veränderung an diesen mitteilen. Diese Beschlüsse sollen auf das strengste durchgeführt werden, damit auch in dieser Hinsicht am hiesigen Ort geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Es wird noch für gut befunden, den Arbeitsnachweis des hiesigen in der Holzarbeiter-Zeitung in Erinnerung zu bringen. Hierauf erfolgte Schluß dieser sehr anregenden Sitzung.

Ronneburg. Am 14. Juli tagte im „Fürstenteller“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Prüfer-Eisenberg den Bericht vom Verbandstag gab. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und erklärten sich die Kollegen in der Diskussion mit den Beschlüssen des Verbandstags einverstanden. Hierauf machte sich die Wahl eines Bevollmächtigten nötig. Der bisherige arbeitet jetzt in Leipzig, und ist es ihm daher nicht mehr möglich, das Amt weiter zu verwalten. An seiner Stelle wurde Kollege William Brömme, als dessen Stellvertreter Kurt Moosdorf gewählt. Die Versammlungen finden jetzt wieder alle vierzehn Tage statt, abwechselnd im Restaurant „Fürstenteller“ und im „Mond“.

Treuen. In der Engländischen Möbelfabrik von G. G. Heffner hier werden des hiesigen Tischler gesucht, bei allen möglichen Versprechungen. Das wäre das an und für sich kein so großes Verbrechen, wenn nicht noch andere Gründe gegen die Befolgung dieser Versuche sprechen würden. Bestehende Firma liebt es nämlich, stets die nötige Anzahl Leute auf „Bager“ zu halten, um bei irgendwelchen Vorkommnissen gleich Ersatz zu haben. Ist es doch schon vorgenommen, daß in 5 Zeitungen, fast zu gleicher Zeit, anannonciert wurde, obwohl nur 1 Bank frei war. Noch vor wenigen Tagen haben wir wieder eine Annonce gelesen, trotzdem schon 2 Kollegen hier beschäftigt waren, welche gar keine Bank hatten. Wie groß der Wechsel in dieser Fabrik ist, zeigt am deutlichsten, daß nicht weniger denn 11 Kollegen in einem Vierteljahre angefangen haben, hingegen nur 16 Tischler beschäftigt werden. Was die Behandlungsweise anbelangt, bleibt noch viel zu wünschen übrig, wurden doch sogar einem Kollegen „Dhrfeigen“ angeboten. Der „hohe Lohn“, welcher wahrscheinlich als Lockmittel dienen soll, ist auch keinesfalls mit dem in Einklang zu bringen, was alles dafür verlangt wird. Der Stundenlohn schwankt zwischen 29 und 33 Pf. Dabei sind die hiesigen Lebensverhältnisse bei weitem nicht billig zu nennen, da sie denen einer Großstadt nicht zurückstehen. Auf Grund dieser Tatsachen möchten wir allen Kollegen, welche in diesem Betriebe Arbeit nehmen wollen, ersuchen, sich vorerst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, um ihnen eventuell eine Enttäuschung zu ersparen.

Wolmirstedt. Wie schwer es manchmal für einen Arbeiter ist, seinen verdienten Lohn zu erhalten, hat hier ein Prozeß gezeigt, der zitta Jahresfrist gedauert hat und der nun wohl zugunsten der Kollegen entschieden ist, ohne daß er aber seinen Lohn für geleistete Arbeit erhält. Der Sache liegt folgender Tatbestand zugrunde: Ein Kollege arbeitete bei dem Drechslermeister Laumroth in Wolmirstedt bei Magdeburg vom 15. September bis 1. März und hatte 6 Grosch Portierenringe geliefert, die wohl nach Angabe des Meisters gemacht, aber dem Wunsche des Bestellers nicht entsprachen, da nicht bestelltes Maß geliefert war. Es wurde aus diesem Grunde dem Meister die Arbeit zur Verfügung gestellt. Nun erklärte der Meister, daß er hierfür den Lohn nicht zahlen könnte, der Kollege wollte sich nicht ohne weiteres hiermit einverstanden erklären, legte die Arbeit nieder und wandte

sich an den Vorstand der Holzarbeiterverbandes um Gewährung von Rechtschutz. Vom Vorstand wurde diesem Wunsche entsprochen, der Vorsitzende wandte sich noch brieflich an Herrn Laumroth, genannter Herr hielt es aber nicht der Mühe wert, eine Antwort zu geben. Von Seiten der Organisation wurde die Sache, da in Wolmirstedt ein Gewerbegericht nicht besteht, dem ordentlichen Gericht übergeben. Hier fand auch eine Verurteilung des Herrn Laumroth statt, nur in der Höhe des Lohnes mußte sich der Kollege, da Zeugen, welche die Vereinbarung des Lohnes mit angehört haben, nicht zugegen waren, eine Ermäßigung gefallen lassen. Da Herr Laumroth nun aber nicht gutwillig zahlen wollte, mußte zur Pfändung geschritten werden. Obwohl nun den Kollegen von Seiten des Gerichtes der Lohn zuerkannt wurde, und er schon länger als ein Jahr darauf gewartet hatte, ist es vorderhand nicht möglich, daß er seinen Lohn erhält, da Herr Laumroth unter Eid vor Gericht erklärt hat, daß er keines sein eigen nennt. Die Kollegen des Drechslerberufes werden gut tun, dem Betrieb des Herrn Laumroth besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und nicht so leicht dort in Arbeit zu treten, um nicht wie jener Kollege ohne Lohn arbeiten zu müssen.

Zuffenhausen. In diesem Jahre können wir die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß unsere Mitgliederversammlungen stets regelmäßig und zahlreich besucht werden. Es ist das sicherlich ein gutes Zeichen, wodurch die Kollegen auch am besten ihr Interesse am Verbandsleben beweisen. In der am 14. Juli im „Ankerfaal“ abgehaltenen Versammlung hielt unser Verbandssekretär Kollege Schneegäß einen Vortrag über: „Die Lehren der Lohnkämpfe der letzten Jahre.“ Der Redner gab ein Bild von der Entwicklung und den Kämpfen unserer Organisation und zeigte, wie der Unternehmerverband trotz seiner großen Machtmittel, der Verfügung über die gesamte bürgerliche Presse, des besonderen Schutzes seiner Mitglieder durch den Staat und seine Richter, in den wichtigsten Forderungen der Arbeiter: Arbeitszeitverkürzung, Garantierung des Wochenlohnes bei Aktord, Festsetzung von Minimallohn ufm., nachgeben mußte. Das Gebahren und die Beschlüsse des Magdeburger Handwerker- und Innungsmeistertags, wofolst trotz der jetzt schon so oft gesprochenen Klagenurteile die strafrechtliche Verfolgung wegen Kontraktbruch verlangt wurde, zeige, wie notwendig auch eine starke politische Organisation für die Arbeiter sei. Die Lohnkämpfe der letzten Jahre zeigen uns, wie nur durch Organisierung und Bildung aller Berufsstände, durch namhafte Stärkung ihrer Rasse noch größere Erfolge, oft ohne langwierige Kämpfe erzielt werden können. Den 1/2 stündigen lehrreichen Ausführungen folgte die Versammlung mit der größten Aufmerksamkeit und sollte dem Redner großen Beifall. — Das Interesse an den Verhandlungen in Gölz, geweckt durch den Bericht unseres Delegierten, Kollegen Schaible, zeigte sich durch den raschen und zahlreichen Absatz der Verbandsprotokolle.

Sterberafel.

- Gustav Meine, Tischler, geb. 26. November 1867 in Berlin, gest. 14. Juli 1906 in Dortmund.
 - Fedor Mennel, geb. 11. April 1864, gest. im Juli 1906 an der Proletarierkrankheit in Bamberg.
 - August Braunsberg, Tischler, geb. 1. Oktober 1858 zu Pimmo, gest. 24. Juli 1906 zu Brandenburg.
 - Josif Skolasti, Tischler, gest. 12. Juli 1906 zu Schweidnitz.
 - Jakob Lehner, Schreiner, geb. 8. Februar 1878 zu Mitterfels, gest. 16. Juli 1906 zu Straubing.
 - Richard Wagner, Schreiner, geb. 23. Mai zu Jekendorf, gest. 17. Juli 1906 zu Straubing.
 - Wilhelm Rapp, Schreiner, geb. 18. Mai 1875 zu Schweidheim, gest. 15. Juli 1906 zu Stuttgart.
- Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Alt-Hofter (H. Vorstellmann), Apolda, Bamberg (Bäh), Braunschweig, Chemnitz (Otto Hofmann Nachf.), Gölz, Götting (Stricker), Danzig (Schichauwerff), Gberstadt bei Darmstadt, Gberwalde, Eisenach, Gisleben (G. Berger), Feuerbach (R. Koch), Fischbach im Taunus (G. Schmitt), Fürth, Fulda (Möbelfabrik Kramer), Halberstadt (Wiertumpel), Hof i. B., Hohenalza, Lauterberg a. Harz (Weiß & Silberbrand), Liegnitz (Ad. Krauthahn, G. Kellert), Lörrach, Marburg, Minden (G. Siebeking), Mühlhausen i. Gf., Neisse, Neuhaudensleben, Oberhausen, Osterode, Prizwall, Rostock (Neptunwerff), Stolp i. Pomn., Stuttgart (Hofacker), Wernigerode, Wetter a. Ruhr, Wismar, Zerbst, St. Gallen, Schaffhausen, Rorschach, Lausanne, Klingnau-Döttingen, Jürich;**
 - Tischlern und Klavierarbeitern nach Schwerin (Hofpianosortefabrik Gebr. Perzina);**
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bayreuth (F. A. Gysler), Erfurt, Frankfurt a. O., Friedland b. Breslau (Niederlich), Langenau bei Brand (Hergert), Lübeck, Schmölln (Kronmüller Nachf.);**
 - Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Eisingwalde, Gartha, Leisnig, Birna, Schweidshain, Waldheim;**
 - Parquetbodenlegern nach Lübeck;**
 - Sägern und Hilfsarbeitern nach Rempten i. Bayern;**
 - Drechslern nach Bockenem (Kutsche & Co.), Kumburg i. Böhmen (Schubert);**
 - Kammachern nach Kreuznach (Arheld & Devita, Gebr. Scheben);**

Korbmachern nach Magdeburg, Schweiz, Schaffhausen (Sandler), Malmb in Schweden; Birstenmachern und Drechslern nach Berlin (Innungsnachweis), Gölz, Mainz (Henschberg & Cie.), Schweiz; Stellmachern nach Bielefeld, Bugtehude-Wikloster, Halle i. Westf. (Dopheide), Jauer, Stolp (Mische); Korbarbeitern nach Hamburg (Sörrensen);

In Bamberg bleibt die Sperre über die Möbelfabrik Bäh bis auf weiteres verhängt, und werden die Kollegen ersucht, den Betrieb streng zu meiden.

In Bayreuth legten bei der Firma J. A. Gysler, Hofmöbelfabrik, am 10. Juli sämtliche Schreiner, Bildhauer, Drechsler und Maschinenarbeiter die Arbeit nieder. In Betracht kommen 62 Kollegen, 45 verheiratet, mit 92 Kindern und 17 Ledige. Die Forderungen der Kollegen lauten: 1. 10prozentige Lohnerhöhung, 2. Abschaffung des Aktord- und Prämien-systems, 3. bei Montagearbeiten auswärts 3 Mk. Zulage pro Tag, auf Bauten innerhalb der Stadt pro Tag 50 Pf., 4. Samstagabends 5 Uhr Feierabend. Nach mehreren Werkstättversammlungen wurde der Firma am 7. Juli obengenannte Forderung durch den neu-gewählten Arbeiterausschuß schriftlich vorgelegt und Antwort bis zum 12. Juli erbeten. Der Firmenteilhaber, Herr Sturm, sah sich aber sofort veranlaßt, auf die Forderungen zu antworten, indem er schon längst vorbereitet sei. In den nun folgenden zweistündigen Verhandlungen zeigte Herr Sturm die ganze Probenhaftigkeit eines Unternehmers und erklärte, Herr im Hause zu sein, und daß er am besten wisse, wann und wie er seine Arbeiter bezahlen müsse. Auf einzelne Zugeständnisse konnte der Arbeiterausschuß nicht eingehen, und so besaßte sich eine weitere Werkstättversammlun-g nochmals mit unseren Forderungen. Die Werkstätt-versammlung war der Ansicht, daß auf Grund der zurzeit so teuren Lebensverhältnisse die gestellten Forderungen auf-recht erhalten werden müssen. Es wurde der Arbeiter-ausschuß mit dem Gauvorstand zu einer nochmaligen Unter-handlung beauftragt, um die Sache doch auf gütlichem Wege zu regeln. Die Firma lehnte jedoch die Unterhand-lung mit dem Gauvorstand ab, und dem Arbeiterausschuß wurde ein ablehnender Bescheid gegeben. Die Kollegen ver-ließen daraufhin die Fabrik. Niemand vermutete, daß es die Firma so weit kommen lassen würde, da seit dem mehr als 50jährigen Bestehen der Fabrik eine Arbeitsniederlegung noch nicht zu verzeichnen war. Herr Sturm war jedenfalls auch der Meinung, daß ein gut Teil seiner langjährigen Arbeiter stehen bleiben würde. In dieser Hoffnung wurde er jedoch getäuscht. Es verließen sämtliche die Fabrik bis auf drei, von denen zwei im Laufe des Tages ebenfalls die Fabrik verließen. Wir ersuchen hiermit die Kollegen Deutsch-lands, Bayreuth so lange zu meiden, bis der Kampf ausgefochten ist. Wir glauben nur einen Hinweis machen zu brauchen, daß der Mindestlohn in Nürnberg 23 Mk. ist, in Bayreuth dagegen der Höchstlohn bei der Firma Gysler 23 Mk. beträgt, der Mindestlohn ist 6 Mk. pro Woche. (Hierunter ist zu verstehen, daß Leute nach dreijähriger Lehrzeit mit 6 Mk. pro Woche entlohnt werden. Der übrige Lohn bewegt sich zwischen 12 und 23 Mk., während die Leistungen der Bayreuther Firma der Nürn-berger Firma Gysler gleichen, was die Landesausstellung Nürnberg beweist.) Die Lebensmittelpreise in der schönen Wagnerstadt sind jedoch mindestens ebenso hoch, im Gegen-teil noch höher als in den Großstädten. Die streikenden Kollegen sind begeistert in den Kampf eingetreten, es ist mit voller Zuversicht zu rechnen, daß der Sieg unser ist.

Die Streikleitung, Zentralhalle Bayreuth.
In Berlin befinden sich in der Pianofabrik von Bell & Co. sämtliche Arbeiter wegen Lohnabzügen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

In Brandenburg a. S. sind die Differenzen bei der Firma Türcklich, welche darin bestanden, daß Herr Türcklich für eine Abteilung seines Betriebs eine längere Arbeitszeit beanspruchte beziehungsweise eine Verkürzung, welche laut Vertrag vorgelesen, nicht zugefassen wollte, in der letzten Woche durch Schiedsricht. vor dem Schlichtungsamt zu-ungunsten des Herrn Türcklich erledigt worden. Er hat auch für diese Abteilung den Vertrag einzuhalten. Auch in einigen anderen Betrieben am Orte, für welche der Vertrag nach dem 1. Juli eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine Er-höhung des Lohnes vorsieht, wollen die Meister die vertrag-llich festgelegten Bedingungen nicht anerkennen, jedoch sind die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen. Wir machen wiederholt die Kollegen darauf aufmerksam, hierorts keine Arbeit anzunehmen, ohne sich über be-stehende Arbeitsverhältnisse im Bureau der Zahlstelle erkundigt zu haben.

In Gberstadt befinden sich die Kollegen bekanntlich in einer Lohnbewegung. Am 16. Juni reichten sie bei den Unternehmern Forderungen ein auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden u. a. Sie erhielten auf dieselben von den Meistern überhaupt keine Antwort, auch persönliche Vorgesprache bei denselben blieb resultatlos, so daß die Kollegen ihre Kündigung einreichten, respektive in den Zustand eintreten mußten. Das geschah zunächst bei der Firma Ph. Dächert, wo Kündigung nicht bestand. Herr Dächert weigerte sich ganz entschieden, eine Lohnaufbesse-rung zu bewilligen. Er könne die paar Mark ja bezahlen, aber er lasse sich von den anderen Meistern nicht fagen, daß er die Bühne heraufdrücke. Alle Versuche des Herrn Dächert, trotz des Streiks den Betrieb aufrecht zu erhalten, scheiterten, selbst der Motor erklärte sich mit den Streikenden solidarisch und versagte den Dienst. Auch bei der Firma Karl Jost sind große Anstrengungen gemacht worden zur Erlangung von Arbeitswilligen, aber außer einem verfrachten Spengler hat sich niemand eingefunden. Der wird nun von der lieben Polizei kräftig gegen die bösen Streikenden geschützt. — Kollegen allerorts! Wir haben die besten Aussichten, unseren Forderungen zum Siege zu verhelfen und endlich auch hier erträglichere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zu erringen, wenn uns niemand in den Rücken fällt. Darum haltet streng den Zuzug fern.

In Feuerbach sind in der Schreinerei von R. Koch Differenzen ausgebrochen. Herr Koch weigert sich, die in der letzten Lohnbewegung vereinbarten Arbeitsbedingungen durch-zuführen, und ist deshalb über seine Werkstätt die Sperre verhängt.

In Friedland, Bez. Breslau traten, wie bekannt, am 21. Mai von 13 bei der Firma Niederlich beschäftigten Kollegen 10 in Streik, weil die Forderungen, die sie erhoben, von Herrn N. Brücke abgelehnt wurden. Wie es nun bei solchen Anlässen in dem Gemüt so mancher Arbeitgebersseele aussehcn mag, zeigt nachstehender Brief, den Herr N. an den Vater eines Kollegen zu schreiben für nötig fand:

„Friedland, den 23. Mai 1906.

Herrn Rob. Rynast, Neurode, Schles.

Heut erlaube ich mir, bei Ihnen anzufragen, ob Ihnen bekannt ist, daß Ihr Sohn seit vorigen Sonnabend außer Arbeit ist und vor meiner Werkstätt mit anderen früheren Arbeitsgenossen Streikposten steht, um mich vor Zuzug neuer Arbeitskräfte zu bewahren.

Was ich früher Gutes über ihn an Sie berichtet habe, nehme ich nicht zurück. (Wie gnädig! d. B.) Im Laufe der Zeit hat er seinen Lohn von 25 auf 28 Pf. pro Stunde erhöht erhalten, ohne daß er den Mund aufstun brauchte, und hätte auch noch weitere Zulage erhalten, wenn er nicht diesem Arbeitgeber wie Arbeitnehmer unglücklich machenden Holzarbeiter-verband sich angeschlossen und bei der jetzigen Kraftprobe (d. B.) mitgemacht hätte. Sämtliche organisierten Tischler habe ich am Sonnabend entlassen in aller Ordnung, nachdem ich den an mich gestellten Forderungen nicht nachgeben konnte (d. B.) und mein Angebot, Aktordarbeit zu über-nehmen, unberücksichtigt geblieben war. Jetzt markieren die Herren einen Streik, der gar keiner ist, und promieren im Sonntaganzug im schönsten Regenwetter vor unserem Grundstück, anstatt, nachdem sie hier ordnungsgemäß ent-lassen, sich anderweit zu den von ihnen gewünschten Bedin-gungen Arbeit zu suchen.

Es ist natürlich ausgeschlossen, daß ich einen von diesen Leuten wieder einstelle. Ich wollte Ihnen aber Kenntnis geben, weil ich vermute, daß Sie von dem Sachverhalt nichts wissen, da sonst Ihr Herr Sohn doch Zeit hätte, jetzt in Neurode Ihren Verwandten zu helfen.

Erwähnen muß ich noch, wie gemein von den Entlassenen beziehungsweise einem oder einigen von ihnen mir gegenüber gehandelt worden ist. Als zum erstenmale diese Woche einer von den mir geliebten Leuten den Leim gebrauchen will, entdeckt er, daß in sämtliche Leim-, Gebrauchs- und Kochtöpfe Beinöl gegossen worden ist, wodurch alle jetzt zur Ausführung gekommene Arbeit wertlos geworden, wenn der Schabernack nicht entdeckt worden wäre.

Mit solchen Leuten hält ihr Sohn Stange. Ich wünschte, Sie machten es, wie der Vater eines anderen Genossen, dem bei seiner Heimkunft eine Tracht Prügel prophezeit worden ist. Verzeihen Sie meinen offenen Brief, der leider nur Wahrheiten (d. B.) enthält.

Hochachtend Wilhelm Niederlich.

Herr N. scheint eine sonderbare Auffassung von der Lebenshaltung der Arbeiter zu haben, wenn er diese Lohn-bewegung als „Kraftprobe“ betrachtet. Daß es sich bei elf-stündiger Arbeitszeit und einem Lohn von 19 bis 28 Pf. die Stunde nicht allein um eine „Kraftprobe“ handeln kann, muß wohl schließlich auch der zurückgebliebenste und fanat-tischste Schafsmacher einsehen. Und daß ferner die Kollegen, wenn sie die Woche durch fleißig gearbeitet haben, nicht Lust haben, bis Montag auf ihre paar sauer verdienten Groschen zu warten, ist doch eine solch selbstverständliche Sache, daß ein Verlangen auf Beseitigung eines solchen Mißstandes auch Herrn N. als berechtigt erscheinen sollte. Der sollte etwa Herr N. glauben, daß hier im Riesengebirge die Ar-beiter von der wunderschönen Luft satt werden? Der Sorge um „Wiedereinstellung der Entlassenen“ ist Herr N. dadurch enthoben worden, indem es dieselben vorgezogen haben, einem solchen „Hungerelborado“ für immer den Rücken zu kehren. Was das Beinöl in Leimtöpfe gießen anbelangt, so möchten wir Herrn N. empfehlen, seine tief-sinnigen Betrachtungen darüber auch nach einer anderen Richtung — vielleicht auf seine ihm treu Gebliebenen oder auch auf sich selbst — hin anzustellen, wir glauben nämlich sicher, dort auf dieser Seite den oder die Übeltäter zu finden. Organisierte Arbeiter haben vor Ausführung derartiger Schurkereien stets nur Abscheu empfunden.

Im übrigen können wir dem Herrn N. heut schon ver-raten, daß die Zeit auch für ihn nicht allzu fern sein wird, wo er über das Koalitionsrecht der Arbeiter mit anderen Gefühlen, denn als an eine Tracht Prügel denken wird. Um Herrn N. aber über die vorläufige Kalamität hinwegzu-helfen, können wir ihm nur empfehlen, es noch einmal mit einer Geschäftsverlegung — wie dies schon oft geschehen — zu versuchen, um in irgend einem Winkel des Gebirges, wo die Menschen noch nichts von einem modernen Hunger-betriebe wissen, auch diesen die Segnungen eines solchen beizubringen.

Die Sperre über diesen Betrieb bleibt bestehen.
In Gleiwitz ist die Lohnbewegung in der Werkstätt Gurski mit Erfolg für die Kollegen nach 14 tägigem Streik beendet worden. Erreicht wurde die Erneuerung des am 1. Juli abgelassenen Aktordtarifs, mit einer Preisaufbesse-rung von durchschnittlich 6 Prozent.

In Gölz sind die Differenzen mit der Firma Fortagne erledigt. Die Sperre über die Werkstätt ist von uns auf-gehoben worden. Der Schutzverband wird gleichfalls die schwarze Liste zurückziehen. Erreicht haben wir die Wiede-r-einstellung des gemäßigten Kollegen Stade nicht, es haben sich leider genügend Streikbrecher gefunden.

In Rempten haben die Kollegen, nachdem jede Aussicht geschwunden, die Sägewerksbesitzer von ihrem Herrenstand-punkt abzubringen und sie zu veranlassen, den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung des Arbeitslohnes einzuräumen, beschlossen, den bereits 9 Wochen dauernden Kampf aufzuheben. Die Säger sind deshalb nicht entmutigt, und werden zur gegebenen Zeit wieder für ihre berechtigten Forderungen eintreten. Zuzug von Sägern und Plah-arbeiter ersuchen wir auch in Zukunft streng fernzu-halten.

In Krefeld ist es der Klavierfabrik von F. Gain bisher gelungen, alle Arbeitswilligen fernzuhalten. Die Streikenden sind gut auf den Posten, so daß die Situation dort für uns äußerst günstig ist. Der Herr Gain hat an alle Schreinermeister von Krefeld schwarze Listen mit den Namen sämtlicher Streikenden versandt. Er muß also doch wohl besorgt sein, daß er seine alten Leute nicht wieder bekommt. Nun, so ganz unrecht hat er ja nicht, denn ein Elborado war

seine Fabrik nicht, besonders da doch jetzt Abzüge bis zu 20 Prozent geplant waren. Trotz der schwarzen Listen sind schon eine Anzahl von Kollegen in Krefeld anderweitig untergebracht. Wir bitten, den Zugang ganz streng fernzuhalten.

Am letzten Samstag ist die Aussperrung erfolgreich beendet worden. Seit 3 Wochen standen die Kollegen im Streik, nicht nur um die Lohnreduktionen abzuwehren, sondern auch um das Recht der Organisation, namentlich des Deutschen Holzarbeiterverbandes, dessen Mitglieder schonungslos auf Pfahle geworfen wurden, während es den christlichen sowie Unorganisierten vergönnt sein sollte, weiterzuarbeiten. Gimmütig legten auch diese die Arbeit nieder, selbst die Hilfsarbeiter schlossen sich der Bewegung an und harrten aus, bis der Sieg an unsere Fahne geheftet wurde. Nicht ein einziger Streikbrecher war zu verzeichnen und so konnte der Erfolg nicht ausbleiben, trotz der schwarzen Listen, welche Herr Gain verfasste, auf welchen die Namen der Streikenden verzeichnet waren, um sie dauernd brotlos zu machen, und trotz des Schutzes der Tischlerinnung, die sich bemühte, Herrn Gain mit Arbeitern zu versorgen, und den übrigen Unternehmern zu empfehlen, eventuell beschäftigte Streikende wieder zu entlassen. Davon machte nur die Firma Meines Gebrauch, sie entließ sofort 2 Arbeiter, um sie, als die Betreffenden beim Gewerbeamt klagten, 2 Tage später wieder einzustellen. Am vergangen Montag sind Verhandlungen eingeleitet worden, welche sich bis Samstag hinzogen. Der vom Arbeiterausschuß ausgearbeitete Tarif wurde ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Ferner wurde das Koalitionsrecht den Arbeitern sichergestellt, als auch der Arbeiterausschuß anerkannt. Am Samstag Abend beschloßen die Kollegen, sich mit den Vereinbarungen einverstanden zu erklären und am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Kollege Clement richtete nochmals einen Appell an die Kollegen, jetzt nicht nur der Organisation treu zu bleiben, sondern auch für den weiteren Ausbau derselben zu sorgen. Er verwies daraufhin, daß die Arbeiter den Klassenkampf erkennen müssen, und daß nur festgefügte Organisationen den Kampf gegen das Kapital führen könnten, was diese Aussperrung glänzend bewiesen habe. Herr Gain wird hoffentlich aus diesem Streik die Lehre gezogen haben, daß es vernünftiger sein wird, mit der Organisation in Zukunft zu rechnen, um derartige Kämpfe zu meiden.

In Lauterberg dauert der Streik bei Weiß & Hildebrand unverändert fort. Die Verhandlungen mit der Firma sind gescheitert. Zugang ist fernzuhalten.

In Oberhausen kann die Lohnbewegung als beendet betrachtet werden. 24 Arbeitgeber mit circa 140 Arbeitern haben die Forderungen schriftlich anerkannt. Erreicht wurde die zehnstündige Arbeitszeit, eine Lohnerhöhung von 5 Pf. beziehungsweise von 4 Pf. in solchen Geschäften, wo bisher schon zehn Stunden gearbeitet wurde, Besserbezahlung der Überstunden- und Montagearbeit. Diejenigen Arbeitgeber, welche mit ihrer Bewilligung noch ausstehen, sind Kleinmeister mit einem und zwei Gefellen, auf die wir nicht viel Einfluß haben. Hier wollen wir noch die nächste Zeit Einfluß zu gewinnen versuchen und auch da unsere Forderungen durchsetzen. In Oberhausen ist viel Arbeit und können Kollegen, welche dort jetzt arbeiten wollen zu neuen Bedingungen, sich bei der Ortsverwaltung melden, dort wird ihnen Arbeit nachgewiesen.

In Paderborn hatten die Kollegen durch einen wöchentlichen Streik der Möbelfabrikerei von W. Mehl's einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Sie forderten vollständig freie gelieferte Maschinenarbeit, sowie auch gleichfalls freie Lieferung von zugeschnittenem Holz, Anerkennung eines Tarifes und einen Aufschlag auf feine Möbel von 20 Prozent. Durch mehrmaliges Eingreifen des Gewerbesteuers R. Falkenberg, wurde diese Forderung seitens des Herrn Mehl's anerkannt. Nur der Gimmütigkeit und Solidarität der Kollegen ist es zu verdanken, daß dieser Sieg errungen wurde. Es ist dieses ein Zeichen, daß auch hier in Paderborn die Kollegen die Macht der Organisation begriffen haben, durch welche wir unsere Lebenslage verbessern können. Darum Kollegen allerorts, streift eure Gleichgültigkeit ab, organisiert euch und werdet Mitkämpfer unserer Sache.

In Wetzlar ist die Lohnbewegung der Möbelindustrie beendet. Erreicht wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 5 Pf. unter Festlegung eines Grundlohns von 30 Pf. pro Stunde. Der Akkordstundenlohn erhöht sich um 3 1/2 Pf. Der Erfolg ist sehr anerkennenswert, aber Aufgabe der Kollegen muß es nun sein, durch ferneres einmütiges Handeln das Errungene nicht nur hochzuhalten, sondern dasselbe noch günstiger zu gestalten.

In Pirna haben, wie aus Nr. 28 unserer Zeitung ersichtlich, die Holzarbeiter Forderungen eingereicht. Bis Freitag den 6. Juli hatten die Arbeitgeber Zeit, sich zu äußern, ob sie dieselben bewilligen wollen oder nicht. Aber so schnell konnten sich die Herren nicht entschließen, obwohl keine Tarifvorlage vorlag, deren Durchberatung ja einiger Zeit bedurft haben würde. Man lud einem Beschlusse einer stattgefundenen Meisterversammlung gemäß für Dienstag den 10. Juli unsere Lohnkommission ein, in korporative Verhandlungen mit der Meisterkommission einzutreten. Aber siehe da, es konnte nur über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und über Zuschläge für Überstunden verhandelt werden. Alle übrigen Punkte waren einfach in der Meisterversammlung gestrichen beziehungsweise abgelehnt worden. Die Verhandlungen waren demgemäß resultatlos verlaufen. Dies voraussetzend und die Verschleppungspolitik der Unternehmer erkennend, hatte eine stark besuchte Versammlung beschlossen, bei etwaigen Scheitern der Verhandlungen sofort die Arbeit niederzulegen. Daß die Arbeitsniederlegung eine derartige allgemeine würde, hatten wohl selbst diejenigen Unternehmer nicht erwartet, welche die Organisation nicht ganz ignorieren. Nicht nur, daß selbstverständlicher Weise sämtliche organisierten Kollegen geschlossen den Kampf aufnahmen, auch ein Teil der Nichtorganisierten erklärte sich im entscheidenden Augenblick solidarisch, kämpfend Schulter an Schulter mit uns zur Erringung besserer Existenzbedingungen beizutragen. In Anbetracht dieser Situation war es möglich, daß innerhalb des ersten Streiktages nach 6 1/2stündiger Verhandlung von der größten am Orte befindlichen Firma annehmbare Zugeständnisse gemacht wurden, so daß in diesem Betriebe am zweiten Tage die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Weitere Bewilligungen folgten in wenigen Tagen, so daß am Schlusse

der ersten Streikwoche nur noch ein kleiner Teil Streikender vorhanden war. An die Zahlstellenverwaltungen allerorts, sowie an alle Kollegen richten wir die dringende Bitte, es sich zur Pflicht zu machen, durch strengste Fernhaltung des Zuguges von Tischlern, Drechslern, Stuhlbauern und Maschinenarbeitern uns in dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen tatkräftig zu unterstützen, damit der Sieg ein schneller und vollständiger werde. Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unwürdige sind, zeigt schon der Umstand, daß die Einführung der 5 1/2stündigen Arbeitszeit noch erkämpft werden muß. So unendlich lang die Arbeitszeit noch ist (in zwei Betrieben wird noch 6 1/2 Stunden gearbeitet), so miserabel sind auch die Lohnverhältnisse. Diesen unwürdigen Zustand zu beseitigen, muß jeder Kollege mit beitragen, indem er Pirna bis auf weiteres meidet.

In Plauen i. V. sind in der hiesigen Möbelfabrik und Kunstschlerei von Ferdinand Zeidler Differenzen ausgebrochen, welche dank des starkköpfigen Verhaltens des Herrn Zeidler einen ernsteren Charakter anzunehmen drohen. Die Vorgeschichte dazu ist folgende: Vor ca. 14 Tagen verunglückte im Betrieb des obengenannten Herrn ein jüngerer Kollege an der Abrichtmaschine, welche ihm den ganzen rechten Daumen wegriß. Als Herr Zeidler von diesem Unglücksfall unterrichtet wurde, kam er herzugehastet und äußerte sein Mitleid in folgenden Worten: „Solche Dohsen, solche Lumpen, die müssen doch ihre Knochen zum Vergnügen in die Maschine stecken, um recht hohe Rente zu beziehen.“ Diese widrigen, den Charakter des Herrn Zeidler kennzeichnenden Gefühlsausbrüche veranlaßten den ebenfalls dort beschäftigten Kollegen U., den noblen Herrn zur Rede zu stellen. Doch da kam unser Kollege schon an. „Bei Ihnen war das auch so, Sie sind auch selbst schuld daran gewesen, daß Sie in die Maschine kamen,“ fertigte Herr Zeidler den Kollegen U. ab. (Kollege U. war nämlich vor einigen Wochen ebenfalls in die Maschine geraten). Also der Herr Zeidler, der, nebenbei bemerkt, für die höchsten Herrschaften am Orte arbeitet und wohl auf Grund dessen ein etwas gebildeteres Wesen auch den Arbeitern gegenüber sich angewöhnt haben mußte, traut den Arbeitern zu, daß sie ihre gesunden Knochen zum Vergnügen in die Maschine stecken, um in den Genuss von Unfallrente zu gelangen. Wirklich, ein großartiger Begriff des Herrn von dem, wie viel dem Arbeiter seine gesunden Knochen wert sind. Diese Angelegenheit wurde auch in dem „Sächs. Volksblatt“ veröffentlicht. Herr Zeidler, der ananah, daß dieser Artikel von dem Kollegen U. ausging, kündigte darauf dem Kollegen. Die Versuche des Bevollmächtigten der Zahlstelle, vermittelnd einzugreifen und Herrn Zeidler zu veranlassen, die Kündigung gegen U. zurückzunehmen, blieben erfolglos. Herr Zeidler beschied ihn einfach dahin, daß er diese Angelegenheit dem Arbeitgeberverband in die Hand gegeben habe, welcher eventuell Maßnahmen unverserztes entgegen treten würde. Wie diese Maßnahmen, welche sie den unverserten entgegenzusetzen wollen, aussehen werden, läßt sich ja nun noch nicht voraussagen, aber es ist alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß sich dieser Konflikt noch mehr zuspitzen wird. Die Kollegen in der Werkstelle des Herrn Zeidler wollen auf keinen Fall unter diesen Verhältnissen weiter arbeiten. Daß aber Herr Zeidler nicht ohne weiteres zu Zugeständnissen zu bewegen sein wird, haben wir bei unserem letzten 14wöchigen Streik gesehen, wo er erst die Bewilligung unter Ehrenwort zusagte, und dann nachher sein gegebenes Ehrenwort elendiglich brach. Den Kollegen von Plauen aber mag dies zur Mahnung dienen, daß sie alle Veranlassung haben, in Zukunft noch fester zusammenzuhalten und noch besser für den Verband zu agitieren um gegen Maßnahmen von seiten der Arbeitgeber zu jeder Zeit gerüstet zu sein.

In Schmolln sind die Differenzen in der Bahnbüchsenfabrik von Friedrich in einer die Kollegen befriedigenden Weise beigelegt worden. Die Sperre über diesen Betrieb ist somit aufgehoben, dagegen bleibt die Uhrgehäusefabrik von Trommlers nach wie vor gesperrt.

In Schmölln haben sämtliche Klavierarbeiter der Geigenfabrik Gehr. Bergina wegen enormer Mängel der Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. Der Zugang von Klavierarbeitern (Tischlern) nach hier ist streng fernzuhalten.

In Stuttgart-Cannstatt forderten die Modell-schreiner in sechs in Betracht kommenden Betrieben Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit (an Stelle der 10stündigen), 10 Prozent Lohnerhöhung, 25 Prozent Aufschlag für Überstunden und 50 Prozent für Sonntagsarbeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde von den Unternehmern ohne weiteres bewilligt, von einer Lohnerhöhung wollte man jedoch nichts wissen. Bei den hierauf stattgefundenen Einzelverhandlungen gelang es, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 7 Prozent durchzusetzen. Die Bewegung, die ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt wurde, hat somit einen wenn auch minimalen Erfolg für unsere Kollegen gezeitigt.

Aus der Holzindustrie.

Ein neuer Unternehmerverband

Ist nach einer Mitteilung der „Fachzeitung“ am 18. Juni in Erfurt gegründet worden. Es handelt sich um eine Vereingung deutscher Möbelindustrieller. Diese soll den Zweck haben, die Interessen der Möbelindustrie in gemeinsamen Maßnahmen zu wahren und zu fördern, namentlich bezüglich des Kreditwesens, des Verpackungswesens, des Bahntransportes und anderer ähnlicher Angelegenheiten. Im Herbst des Jahres soll in Berlin, das für das laufende Jahr zum Vorort gewählt wurde, eine große allgemeine Versammlung stattfinden zwecks Festsetzung der Statuten und endgültiger Konstituierung des Verbandes. Die Geschäftsstelle des neuen Unternehmerverbandes befindet sich: Berlin, Kronenstraße 10. Der Vereinigung gehören sowohl Fabrikanten als auch Großhändler an.

Wenn es sich in dieser Organisation nach den Versicherungen der „Fachzeitung“ — in die man große Zweifel setzen kann — auch nicht um einen Kampfverein handelt, so

haben wir doch allen Anlaß, auf der Hut zu sein. Die Unternehmer gründen immer mehr und stärkere Organisationen, die sich letzten Endes doch immer nur gegen die Arbeiterschaft richten. Mögen die Kollegen das beachten und unablässig für die Kräftigung unseres Verbandes wirken. Denn nur starke Arbeiterorganisationen können künftig noch mit den Unternehmerorganisationen Kämpfe mit Erfolg führen.

Der Hannoverische Arbeitgeberverband hat einen vollendeten Rückzug angetreten. Von unserer Hannoverischen Verbandsleitung wurde der Vorstand des Arbeitgeberverbandes natürlich wegen des von uns in voriger Nummer veröffentlichten „vertraulichen“ Rundschreibens, das von den Unternehmern den Bruch des im Frühjahr abgeschlossenen Vertrages forderte, gehörig ins Gebet genommen. Der Vorstand der Unternehmer sah sich denn auch zur Abgabe folgender mit unseren Kollegen vereinbarten öffentlichen Erklärung veranlaßt:

„An unsere Mitglieder. Von dem von unserem Vorstand vor einigen Wochen erlassenen Rundschreiben hat der Holzarbeiterverband Kenntnis genommen und eine Einschränkung seiner Rechte, welche ihm aus dem § 2 Absatz 3 des Vertrages erstehen, erblickt, resp. ist eine Auffassung da hineingelegt, was mit diesem Schreiben nicht beabsichtigt ist. Der Sach

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitglieds, auf keinen Fall — mag sein, wer da kommt — einen höheren Satz wie den Durchschnittslohn zu bewilligen, falls einer darauf bestehen sollte, denselben sofort wieder zu entlassen, selbst wenn ein halbes Duzend Leute einer nach dem anderen wieder aufhört;

ist nicht so zu verstehen, daß der Durchschnittslohn, der im Vertrag festgelegt ist, als Höchstlohn gelten soll.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Bezirksverband Hannover.“

Die Unternehmer haben also einen vollendeten Rückzug angetreten. Das war auch klug genug, da sonst unsere Kollegen mit den Herren ein ernsteres Wort gesprochen haben würden.

Unternehmermanieren. Ein Stellmachermeister Adolf Striepe in Celle suchte vor 14 Tagen durch die „Solzarbeiter-Zeitung“ zwei tüchtige Stellmachergesellen auf dauernde Beschäftigung. Ein Kollege, der geneigt war, auf Grund dieses Inserats bei Herrn Striepe Arbeit zu nehmen, fragte bei diesem vorläufigerhand an, welcher Lohn den „tüchtigen Stellmachern“ gezahlt werde. Darauf erhielt er von Herrn Striepe die Antwort, daß er sich „bestimmt“ 8 Mk. die Woche verdienen könne „und auch dreimal soviele“, außerdem sei es aber „sehr ausverschämmt, vorher anzufragen“, wie hoch der Verdienst sei, solche Gefellen stelle er überhaupt nicht ein. — Das war sehr schön von Herrn Striepe, daß er so offen seiner Unternehmerrlaune die Zügel schenken ließ. Die Kollegen wissen dann wenigstens doch, woran sie mit dem Herrn Stellmachermeister sind, und versehen ihn künftig mit solch „ausverschämten Anfragen“ und lassen ihn künftig allein wursteln. Da braucht sich Herr Striepe über die ausverschämten Gefellen wenigstens nicht mehr zu ärgern.

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler hielt vom 10. bis 14. Juli ihre 19. Generalversammlung in Blankenburg a. Harz ab. Die Generalversammlung tagte in dem festlich geschmückten Saale des „Bereinskasino“, einem stabilen Saal, welches durch Intoleranz der dortigen Saalbesitzer und Gimmütigkeit der organisierten Arbeiter entstanden ist. Zu keiner Versammlung, zu keinem sonstigen Unter nehmen der organisierten Arbeiter, selbstverständlich auch nicht zur Matinee, stand ein Vokal zur Verfügung. Und aus dem Gedankens heraus, ein eigenes Heim zu schaffen, wurde nach Feierabend und Sonntags, soweit zulässig, von den organisierten Arbeitern unentgeltlich an dem Werk gearbeitet. Nur die nötigen, nicht nach Feierabend zu beschaffenden Vektoren und das Grundstück selbst veranlaßten die Besuche.

Wente vertrieben, was in und um Blankenburg als organisierte Arbeiterschaft gilt, im genannten Arbeiterheim. Auch diejenigen Genossen, welche ihre Ferienzeit im Harz verleben wollen, nehmen dort Logis und Pension zu den für dort sehr billig zu nennenden Preisen. Nach der Begrüßung der erschienenen 63 Delegierten durch den Bevollmächtigten Rettschick und den Vorsitzenden der Kasse, Blume-Hamburg, wird von der Kommission zur Prüfung der Mandate berichtet, daß einige Proteste eingegangen sind, die aber als begründet nicht anerkannt werden können. Nur ein Protest gegen die Wahl des Vertreters für Göttingen erscheint begründet, indem der die Korrespondenz geführte Bevollmächtigte, welcher auch als gewählt vom Vorstand proklamiert sei, nicht alle in Vorschlag gebrachten Kandidaten in den in den einzelnen Vororten stattgefundenen Versammlungen bei seiner Anwesenheit bekannt gegeben und so für sich ein günstiges Resultat erzielt habe. Die eingegangenen Protestpunkte sowie nachträglich eingeholte Recherchen ließen Fehler auf beiden Seiten erkennen, doch wurde die Wahl für gültig erklärt. Die Berichte des Ausschusses, des Vorstandes und des Schiedsgerichtes lagen den Delegierten gedruckt vor und bieten Interessantes. Aus dem Bericht des Hauptkassierers ist hervorzuheben, daß an Einnahmen seit 1. Oktober 1903 bis 1. April 1906 4277,270,69 Mk., an Ausgaben 4210,212,56 Mk. und somit eine Mehreinnahme von 67,058,10 Mk. zu verzeichnen sind. Das Vermögen der Kasse belief sich auf 1.647,920,53 Mk. Dem Hauptkassierer wurde Entlastung erteilt. In der Statutenberatung wurde beschlossen, den Beitritt bis zum 45. Lebensjahr (seither bis zum 40.) stattfinden zu lassen.

Innerhalb eines Jahres, mit Inkrafttreten des revidierten Statuts, sollen diejenigen, die nach den Beschlüssen von Würzburg von der höchsten zur dritten Klasse zurücktreten mußten, berechtigt sein, in die höchste Klasse wieder überzutreten, sofern sie zurzeit gesund sind. Als grundlegende Bestimmungen über Bezugsbauer und Zeitraum für die Krankengeldzahlung wurde zu § 12 des Statuts folgende Fassung beschlossen:

4. Krankengeld gewährt die Kasse:
a. nach 13wöchiger Mitgliedschaft und vom Tage des Krankengeldbezugs ab für die Dauer von 13 Wochen innerhalb

des Zeitraums vom 12 Monaten. Sämtliche in diesen Zeitraum fallende Krankheiten werden zusammengerechnet; b. nach einjähriger Mitgliedschaft und vom Tage des Krankengeldbezugs ab innerhalb des Zeitraums von 24 Monaten für die Dauer von 26 Wochen das volle und für die ferneren 26 Wochen die Hälfte des im § 13 festgesetzten Krankengeldes. Sämtliche in diesen Zeitraum fallende Krankheiten werden zusammengerechnet.

5. Haben Mitglieder nach Ziffer 4 Absatz a für 13 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten vom Tage des Krankengeldbezugs oder nach Absatz b für 26 Wochen oder länger im Laufe eines Zeitraums von 24 Monaten Krankengeld bezogen, so muß zwischen dem letzten Krankengeldbezug und einem neuen Krankheitsfall mindestens ein Jahr Erwerbsfähigkeit nachgewiesen werden, um Anspruch auf 52 Wochen Krankengeld zu haben, andernfalls wird für jede neue Krankheit Krankengeld nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen innerhalb 12 Monate vom Beginn des Krankengeldbezugs ab gewährt.

Die Höhe des Krankengeldes soll betragen ab 1. April 1907 das Zweifelhundertfache des Beitrags und vom 1. April 1908, sofern der gesetzlich anzufammende Reservefonds beisammen ist, was nach Lage der Finanzverhältnisse höchst wahrscheinlich ist, das Vierhundertfache des Beitrags.

In der durch Statut erlaubten Ausgehzeit tritt insofern eine Änderung ein, daß mittags eine zweistündige Pause, welche von der Ortsverwaltung festgesetzt wird, einzuhalten ist. Die zur Verfügung stehenden 5 Prozent von den Beiträgen sollen lediglich durch Beschluß der Ortsverwaltungen zur Verteilung gelangen. Statt alle drei Wochen soll die Bekanntmachung über eingegangene und ausgegangene Gelder durch den Hauptkassierer nur alle Monat erfolgen. Weiter sollen Beschwerden gegen das Schiedsgericht spätestens bis zu dem Tage, bis zu welchem Anträge zur Abänderung des Statuts beim Vorstand einzureichen sind, eingereicht sein müssen. Die nächste Generalversammlung findet 1908 in Dresden statt. Beschlossen wird, ein Zirkular mit aufklärendem Inhalt über die statutarischen Bestimmungen sowie über die Kasse im allgemeinen herauszugeben.

Der Sitz des Ausschusses bleibt in Frankfurt a. M. mit den bisherigen Mitgliedern. Der Vorstand soll wie folgt ab 1. Oktober an Gehalt beziehen: Vorsitzender und Hauptkassierer pro Jahr 2600 Mk., deren Stellvertreter 2400 Mk., die Bureaubeamten 2100 Mk. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Blume, Vorsitzender; Banghaf, Stellvertreter; Guck, Hauptkassierer; Fels, Stellvertreter; Köhlig, Ch. Petersen, F. B. Petersen, Wiegand und Fieberitz als Beisitzer. Das Schiedsgericht, Sitz Hamburg, wird zum größten Teile aus seinen bisherigen Mitgliedern wieder zusammengesetzt.

Das Protokoll, welches für die Ortsverwaltungen obligatorisch sein soll, soll im Druck erscheinen, die Auflage auf Grund der Bestellungen festgesetzt und der Preis des Protokolls 10 Pf. pro Stück betragen.

Am 14. Juli nachmittags sind die Arbeiten beendet, und widmen sich während der noch verbleibenden Nachmittagszeit die Delegierten der Frauenverbände.

Der 23. deutsche Tischlerstag findet im Anschluß an die vierte Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen vom 5. bis 7. August in Dessau statt. Auf der Tagesordnung des Tischlerstags stehen unter anderem die Punkte: „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“, „Die Arbeitslosenversicherung“, „Der heutige Stand der Mittelstandsbewegung“.

Die Freie Vereinigung der selbständigen Drechlermeister Deutschlands, über deren Gründung wir in Nr. 43 des letzten Jahrganges unserer Zeitung berichten konnten, hielt am 18. Juni in Berlin eine Generalversammlung ab. Die Leipziger „Drechler-Zeitung“ wurde zum offiziellen Verbandsorgan bestimmt. Für die Luxusimobilbranche ist von einer zum Zwecke eingesehten Kommission eine neue Preisliste beraten worden, die für einzelne Artikel Preiserhöhungen bis zu 40 Prozent vorsieht. Diese Preisliste soll zunächst in Druck gegeben und soll über die endgültige Annahme derselben später Beschluß gefaßt werden. Um Mitglieder vor Schaden durch faule Kunden zu bewahren, soll eine Zentralauskunftsstelle mit dem Sitz in Berlin errichtet werden.

Die Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung Ferdinand Wendig Söhne in Landsberg erzielte pro 1905/06 einen Reingewinn von 184 058 (89 277) Mk., aus dem 100 000 Mk. als 5 (3) Prozent Dividende verteilt und 8882 (8818) Mk. vorgetragen werden sollen. Die Bankschulden wurden im abgelaufenen Jahre um 100 000 Mk. verringert. Die Werke sind, wie der Jahresbericht der Direktion mitteilt, gegenwärtig gut beschäftigt. Es sei zu hoffen, daß es auch später an Aufträgen nicht fehlen werde.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

In der letzten Nummer des „Correspondenzblatt“ wird eine Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftskartelle im letzten Jahre gegeben. An dieser umfangreichen Statistik sind beteiligt 465 Kartelle, die 6495 Gewerkschaften mit insgesamt 1 180 940 Mitgliedern umfassen, von denen 16 870 in 41 Lokalvereinen und 1739 in sonstigen, der Generalkommission nicht angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sind. Von den am Schlusse des Jahres 1905 in den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden Organisierten, deren Zahl 1 429 408 betrug, sind demnach 1 162 331 gleich 81,3 Prozent in den Gewerkschaftskartellen vereinigt. Die 1739 in anderen Gewerkschaften Organisierten sind zum größten Teil Mitglieder des Verbandes der Verwaltungsbeamten, dessen Zweigvereine wohl ziemlich alle den Kartellen angeschlossenen sind. Ferner kommen als sonstige Gewerkschaften in Betracht die Verbände des technischen Bühnenpersonals, der Musterzeichner, der Photographen und der Xylographen. Außerdem gehört dem Kartell in Raff ein Arbeiterinnenverein mit 100 Mitgliedern an und dem Kartell in Schmolln die 5 Mitglieder zählende Zahlstelle des Verbandes der Gastwirte, der demnach dort als Gewerkschaft betrachtet wird.

Die den Kartellen angeschlossenen Lokalvereine sind gegen das Vorjahr wieder um drei zurückgegangen, dagegen ist die Gesamtzahl der Mitglieder derselben von 9824 auf 16 870 gestiegen. Die Zunahme bedeutet jedoch kein An-

wachsen der Mitgliederzahlen in den einzelnen lokalen Vereinen, sondern sie resultiert lediglich daraus, daß die Berliner Gewerkschaftskommission dem Lokalverein der Berliner Hausdiener, der rund 7000 Mitglieder zählt, den Anschluß gestattet hat.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen beträgt 986 mehr als im Jahre 1904. In 199 Orten bestehen Zweigvereine der Zentralverbände, welche den Kartellen fernstehen. Vielfach sind es neu gegründete Organisationen, die noch nicht in der Lage sind, Beiträge in die Kartellkasse zu zahlen, oft sind es taktische Fragen, welche die Organisationen veranlassen, sich den Kartellen nicht anzuschließen oder aus denselben auszutreten, eine prinzipielle Gegnerschaft dürfte unter den Mitgliedern der Zentralverbände wohl kaum noch vorhanden sein. Immerhin ist die Nichtbeteiligung so zahlreicher Gewerkschaftskartelle sehr bedauerlich; bedauerlich ist auch, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses, wonach die Vorstände der Zentralverbände dahin zu wirken versucht werden, daß die Zweigvereine sich den Kartellen anschließen, bisher eine besonders günstige Wirkung nicht erzielt hat, denn, wie aus der Tabelle III sich ergibt, hat sich das Verhältnis in dieser Beziehung gegenüber dem Vorjahr in einigen Organisationen sogar verschlechtert, was um so mehr zu beachten ist, als eine kleine Besserung im allgemeinen zu konstatieren ist. Es waren 1904 5,92 Prozent aller in Kartellen bestehenden Zweigvereine den Kartellen nicht angeschlossen, während 1905 der Prozentsatz der fernstehenden Zweigvereine noch 5,41 beträgt.

Die größte Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine hat der Holzarbeiterverband aufzuweisen: 421, ihm folgen die Verbände der Maurer mit 392, Metallarbeiter 382, Zimmerer 329, Maler 272, Schneider 249, Buchdrucker 240. Letztere stehen auch in diesem Jahre wieder mit der größten Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine oben an, und zwar mit 56, genau wie im vorigen Jahre. Weiter verzeichnen wir bei den Maurern 82, Zimmerern 21, Metallarbeitern 18, Malern 17, Steinsehern 14, Maschinisten 12, Dachdeckern 10 an die örtlichen Kartelle nicht angeschlossenen Zweigvereine. Von den in Betracht kommenden Filialen unseres Verbandes sind fünf den Kartellen nicht angeschlossen, darunter die Zahlstelle Elberfeld.

Mehr und mehr wenden die Gewerkschaftskartelle ihre Aufmerksamkeit dem Gebiet der Auskunftserteilung und Rechtsbelehrung zu. Es wurden 1905 insgesamt 111 Auskunftsstellen von den Kartellen unterhalten. Von den bestehenden Arbeitersekretariaten werden 56 von den Kartellen unterhalten respektive mit Geldmitteln unterstützt. 7 Kartelle unterhalten ein eigenes Bureau.

Ein Gewerkschaftshaus wird unterhalten in folgenden Orten: Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Charlottenburg, Cöln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Meining, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Straßburg, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau. Wenn diese Gewerkschafts- oder Volkshäuser auch nicht ausschließlich von den Gewerkschaftskartellen unterhalten werden, so ist ihre Existenz doch dem Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesen Orten und zum Teil auch der Mitwirkung von Parteiorganisationen zu verdanken.

Gemeinere Versammlungssäle haben 118 Kartelle gegenüber 86 im Vorjahr. Eine Zentralherberge haben 44 (1904: 20) Kartelle und eine Herberge beim Gastwirt untersteht in 227 (1904: 181) Orten der Kontrolle der Gewerkschaftskartelle.

Ein Zentralarbeitsnachweis wird unterhalten von den Kartellen in Hameln, Meexane, Sonderburg und Zerbst. Eine vom Kartell verwaltete gemeinsame Bibliothek ist in 252 (1904: 205) Orten vorhanden. Ein Lesezimmer wird von 89 Kartellen unterhalten, von denen 5 keine Bibliothek besitzen.

Eine Beschwerdekommision für Gewerbeinspektionsachen ist in 149 (1904: 134) Kartellen vorhanden, 129 Kartelle haben eine Kommission für das Kopier- und Logiswesen, 195 (1904: 151) Kartelle eine Bauarbeiterbeschwerdekommision und einen Referentennachweis haben 52 Kartelle.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen ließen sich im letzten Jahre die Kartelle etwas mehr angelegen sein als in den Vorjahren. Es hatten 1905 41, 1904 29 und 1903 26 Kartelle eine weibliche Vertrauensperson eingesetzt. Auch die Zahl der Arbeiterinnenagitationskommissionen ist von 15 in 1903 und 12 in 1904 auf 21 in 1905 gestiegen. Dieses Tätigkeitsgebiet wird von den Kartellen immer noch nicht in genügender Weise berücksichtigt, und sehen wir uns veranlaßt, unter Hinweis auf die in der Tabelle namhaft gemachten Kartelle, welche der Agitation unter den Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, erneut die Anregung zu geben, daß die Kartelle mehr als bisher sich diesem Gebiet zuwenden.

In der Einberufung von Versammlungen zwecks allgemeiner Agitation haben die Kartelle wesentlich mehr geleistet als im Jahre 1904. Es wurden 2102 (1904 nur 818) allgemeine Versammlungen abgehalten, davon allein in Regensburg 91 und in Frankfurt a. M. 51. Dagegen haben 64 Kartelle keine allgemeine und 56 Kartelle überhaupt keine Versammlung einberufen. Das Jahr 1905 bot doch gewiß Agitationsstoff mehr als genug.

Es wurden insgesamt 46 Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, 21 Arbeitslosenzählungen und 67 sonstige Erhebungen veranstaltet. Im Jahre 1904 veranstalteten die Kartelle insgesamt 95 statistische Erhebungen, darunter 40 Arbeitslosenzählungen und 45 sonstige Erhebungen.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 Mk., davon aus den festen Beiträgen der Gewerkschaften 318 811 Mk. Ende 1904 war in 376 Kartellen ein Kassenbestand von insgesamt 209 832 Mk. vorhanden, so daß den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722 226 Mark zur Bestreitung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Angaben gemacht haben, insgesamt ohne Streikunterstützung 499 671 Mk. Der am Schlusse des Jahres 1905 vorhandene Kassenbestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258 115 Mk.

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Ausperrungen ergaben die Summe von 948 166 Mark. Für Streiks am Orte wurden 194 035 Mk. und für auswärtige Streiks 718 767 Mk. verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkasse 34 077 Mk. Streikunterstützung, und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Überschuß von zusammen 69 443 Mk.

Von den sonstigen Ausgaben der Kartelle verzeichnen wir 40 773 Mk. für Agitation, 18 787 Mk. für Vertreterwahlen, 2295 Mk. für statistische Erhebungen, 10 348 Mk. für Herbergen und Arbeitsnachweise, 41 883 Mk. für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle, 128 682 Mk. für Auskunftserteilung, Bibliotheken und Besehallen, 95 891 Mk. für Verwaltung usw.

Eine „Christliche“ Buchdruckerorganisation. Der aus dem großen Buchdruckerstreik 1891/92 als Arbeitswilligenorganisation hervorgegangene „Gutenbergbund“ steht im Begriff, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Darob gerät der vielgeschäftige Berliner Lizenziat Mumm schier aus dem Häuschen vor Entzücken. Er nennt diese seine Akquisition „einen bedeutenden Gewinn für die christlichen Gewerkschaften“ und feiert den Gutenbergbund als „tariftreu“, der im bittersten Kampfe seine Freiheit verteidigte. Auf diesen zähen Kampf, der niemals die Arbeiterinteressen außer acht ließ (!), könne man nur mit Bewunderung schauen. Arger sind die Tatsachen selten auf den Kopf gestellt worden, wie dies hier durch den offenbar vor Freude über den in Aussicht stehenden Zuzug übergeschnappten Herrn Mumm geschieht. Über die „Tariftreue“ der Gutenbergbündler können die Verbandsgehilfen ein Lied singen.

Im Lederarbeiterverband ist durch Urabstimmung der Verbandsbeitrag auf 50 Pf. pro Woche festgesetzt worden. Für diesen Beitrag stimmten 3816, dagegen 403 Kollegen. Der statutenmäßige Beitrag betrug nach den Beschlüssen der Generalversammlung 85 Pf. pro Woche, der Vorstand wurde aber durch die heftigen Kämpfe, die der Verband im letzten Jahre zu führen hatte, genötigt, einen Extrabeitrag von 15 Pf. auszusprechen. Die Mitglieder haben in ihrer überlegenen Majorität nunmehr durch die Urabstimmung diesen Extrabeitrag zum obligatorischen Verbandsbeitrag erhoben, welches als ein erfreuliches Zeichen der Opferwilligkeit der Verbandsmitglieder zu betrachten ist.

Sicherung der englischen Gewerkschaftskassen. Wie „Daily News“ mitzuteilen weiß, ist zwischen der englischen Regierung und der Arbeiterpartei eine volle Verständigung bezüglich der Anantastbarkeit der Gewerkschaftskassen zustande gekommen. Der Gewerkschaftsbill soll auf Vorschlag des Justizministers folgendes Amendement beigefügt werden: „Ansprüche auf Schadenersatz gegen Trade Unions oder gegen einzelne Mitglieder für Vertreter oder gegen die Gesamtheit der Mitglieder wegen einer unrechtmäßigen Handlung, von der behauptet wird, daß sie im Namen, beziehungsweise zugunsten der Gewerkschaft begangen wurde, soll bei keinem Gerichtshof anhängig gemacht werden können“. Damit wäre wohl jede Möglichkeit genommen, auf dem Wege des Zivilprozesses die Gewerkschaften mit ihren Kassen für irgend welche angebliche oder wirkliche Schäden regresspflichtig zu machen.

Soziale Rechtspflege.

Matteier und „Kontrafbruch.“ Die Hamburg-Amrita-Linie hatte 142 Schauerleute auf 12 000 Mk. Schadenersatz verklagt, weil sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hätten. Das Gewerbegericht hat am 27. Juni folgendermaßen entschieden: „Soweit die Gesamtschuld in Frage kommt, wird die Klage zurückgewiesen, dagegen werden die Beklagten zur Ersatzleistung des durch die ArbeitsEinstellung am 1. Mai und die Entlassung am 2. Mai (!) entstandenen Schadens verurteilt. Die Höhe des Schadens soll in einem späteren Termin festgesetzt werden. Der Vorsitzende gibt der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht über die Höhe des Schadens eine Einigung zustande komme. Von den 142 beklagten Schauerleuten kommen eine Anzahl nicht in Frage, weil sie entweder am 1. Mai entschuldigt gefehlt oder weil gegen sie die Klage nicht formgerecht eingereicht worden ist.“ Dies Urteil ist ein neues Blatt in dem Ruhmeskranz unserer heutigen Klassenjustiz.

Briefkasten.

Danzig, J. S. Die Depesche am 10. Juli ist um mehrere Stunden zu spät hier eingetroffen. Wie wir wiederholt mitgeteilt haben, ist Dienstag morgens 9 Uhr Redaktionsschluß, um 10 Uhr befindet sich die Zeitung bereits im Druck und können Briefe oder Depeschen, welche um diese Zeit oder später bei uns eintreffen, natürlich für diese Nummer keine Berücksichtigung mehr finden. Wenn Du nun fragst, weshalb wir die Depesche in der nächsten Nummer nicht veröffentlichten, so solltest Du Dir die Antwort von selbst geben können. Alles, was in unserer Zeitung aus den Zahlstellen veröffentlicht wird, soll durch die Ortsverwaltungen beglaubigt sein. Das ist bei einer Depesche nicht möglich, damit kann leicht Unfug getrieben werden. Eine Depesche kann deshalb nur als äußerster Notbehelf gelten. Eine Depesche, die acht Tage alt ist, können wir aber unter keinen Umständen veröffentlichen. In acht Tagen müssen wir von der Ortsverwaltung verlangen können, daß sie einen über eine Bewegung ausreichend informierenden und beglaubigten Bericht schreibt. Acht Tage alte Depeschen werden deshalb dem Papierkorb einverleibt.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. in Hamburg).

Über die Verhandlungen der 19. Generalversammlung soll das aufgenommene Protokoll im Druck erscheinen. Um die Höhe der Auflage feststellen zu können, ersucht der Unterzeichnete die Ortsverwaltungen um umgehende Bestellungsangabe. Für die Ortsverwaltungen ist das Protokoll obligatorisch zu nehmen und mit 10 Pf. pro Stück zu bezahlen, wie denn auch alle weiteren Exemplare 10 Pf. kosten. Bis spätestens zum 10. August sehen wir den Bestellungen entgegen. Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

